

Warum sind so viele Menschen in den Entwicklungsländern arm?

Inhalt

Warum sind so viele Menschen in den Entwicklungsländern arm? Seite 3

Alter Hunger – Neuer Hunger!Seite 6

Wie man erfolgreich Wasser in Geld verwandelt!Seite 11

Europas FlüchtlingspolitikSeite 12

Friedensnobelpreis für einen BankierSeite 14

Abschiebung zum TariflohnSeite 15

Wahlen und Massaker in Kenia Seite 16

Die EU bietet den AKP-Staaten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen an Seite 17

Die jährliche Veröffentlichung der weltweiten Rüstungsausgaben löst humanistische Reflexe aus:
Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehre! Seite 19

Wie "Geier-Fonds" an überschuldeten Entwicklungsländern verdienenSeite 20

Europäische Flüchtlingshilfe – durch Armutsaufbewahrung vor Ort Seite 21

Der Schuldenerlass des G 8-Gipfels in Gleneagle:
Können 280 Millionen Afrikaner nun ruhiger schlafen? Seite 23

Die Globalisierungsgegner und die Globalisierungs-Ideologie Seite 25

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3 - 09

Lehren aus zwei Jahren Weltwirtschaftskrise

Obamas „Change“ in der Weltpolitik

Neudefinition der Fronten
im Nahen und Mittleren Osten
Mit Russland die Welt atomwaffenfrei machen
Lateinamerika: Das Ringen um eine neue
US-Führungsrolle im vormaligen „Hinterhof“

Das Lebenswerk des Jürgen Habermas

Fundamentalkritische Affirmation von Gott und der Welt

Gewerkschaftspolitik in Krisenzeiten: Von der Beschäftigungssicherung
zur Betriebsbeteiligung · Kurras, der Polizist, der Benno
Ohnesorg erschoss, als Stasi-Mann enttarnt: Die Geschichte
der 68er wird neu geschrieben – *Stasi! Moskau! Mao! RAF!* ·
Wähler und Bundesverfassungsgericht einig über das Ziel der
europäischen Integration – Deutschland bleibt Deutschland! ·
Arbeitsplätze, Staatshilfen und Insolvenz – ein Kapitel Standortpolitik
in Krisenzeiten und seine demokratische Inszenierung ·
Bildungsstreik 2009: Der Staat effektiviert die Ressource Bildung –
Schüler und Studenten streiken: für ihr Ideal davon · Streit um
die passende Namensgebung für den Afghanistan-Einsatz der
Bundeswehr: *Krieg oder nicht Krieg – das ist hier die Frage* ·
Leserbrief: „*Ich möchte entschieden widersprechen,
die westlichen Staaten als Demokratie zu bezeichnen.*“

ISSN 0941-5831 136 Seiten €15.–

Ab sofort im Buchhandel erhältlich

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

Dritte-Welt-Gruppen, Globalisierungskritiker und Menschen, die Armut nicht für naturnotwendig halten wollen, stellen die Frage:

Warum sind so viele Menschen in den Entwicklungsländern arm?

1.

Arm sind die Leute in den Entwicklungsländern weil sie *ausgeschlossen* sind von dem Reichtum, den es durchaus auch in ihren Ländern gibt. Die Zeiten sind nämlich vorbei, in denen Menschen hungern und sterben mussten, weil es wegen Missernten, unzureichender Naturbeherrschung und fehlenden medizinischen Wissens die Mittel zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse nicht gab. Der Welternährungsfond der UNO berichtet, dass es auf dem Globus genug Lebensmittel für alle Menschen gibt; im Bedarfsfall könnten selbstverständlich noch viel mehr davon hergestellt werden. Gehungert wird also auch vor vollen Lagerhäusern, und zwar nur deshalb, weil es den Hungernden an *Geld* fehlt. Dasselbe gilt auch für das Fehlen guter Behausung, medizinischer Betreuung, Bildung und sonstiger Konsumartikel. Schuld an dem Ausschluss vom Reichtum ist das *Privateigentum*. Dieses Rechtsinstitut des Kapitalismus gilt heute bis in den hintersten Winkel der Erde. Jedes Stück natürlichen und produzierten Reichtums gehört irgend jemandem. Überall gibt es eine *Staatsmacht*, deren Recht einigen Bürgern die beliebige Verfügung über den materiellen Reichtum gestattet, und allen anderen Bürgern, die diese Reichtümer auch brauchen, den Zugriff darauf verbietet. Wenn in Afrika immer wieder Lebensmittelvorräte geplündert werden, dann zeigt das nicht nur, dass es da etwas zu holen gibt, sondern dass es den Hungernden eben verboten ist, zu nehmen, was sie brauchen.

2.

Der zum Privateigentum gehörige Ausschluss vom Reichtum gewinnt an Schärfe dadurch, dass den Armen nicht nur produzierte Konsumtionsmittel, die andere haben, vorenthalten werden, sondern die *Quellen des Reichtums* selbst, die Produktionsmittel und damit die Instrumente der Arbeit, mit denen sie sich die Gegenstände ihres Bedarfs herstellen könnten. Grund und Boden sowie die produzierten Mittel der Produktion –

Werkstätten, Maschinen, Rohstoffe –, gehören allesamt anderen Leuten, den so genannten Reichen. Die *Trennung* der Menschen von ihren Produktionsmitteln sieht in verschiedenen Ländern des Südens verschieden aus, hat aber immer dasselbe Resultat: Nomaden können ihre Lebensform nicht fortsetzen, wenn Grundeigentümer Zäune, Staaten Grenzen ziehen und ihnen den nötigen Weidewechsel ihrer Herden verunmöglichen. Anderswo werden Kleinbauern zugunsten von großflächigem Bergbau, Staudämmen oder Plantagen, die für den Weltmarkt produzieren, von den halbwegs fruchtbaren Böden verdrängt. Wieder anderswo haben die traditionellen Kleinhändler, Weber, Schneider, Leder- und Metallarbeiter keine Chance gegen die importierten Industrieprodukte der Weltkonzerne, ganz gleichgültig, wie billig sie zu arbeiten bereit sind. Ihnen fehlt eben der Zugang zu den Produktionsmitteln, die heutigentags nötig sind, um sich an der Konkurrenz um die Kaufkraft zu beteiligen. Solche Menschen sind mittel- und hilflos. Sie können die für ihren Lebensunterhalt nötige Arbeit nicht verrichten und sich daher die Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung nicht beschaffen. Das Ganze hat mit Fleiß und Faulheit, mit Mentalität und „fatalistischer Lethargie“ nichts zu tun: Millionen in der „Dritten Welt“ kämpfen verbissen und ohne rechten Erfolg um ein anständiges Leben. Um Arbeit zu finden, nehmen viele von ihnen Lebensgefahren auf sich. Als *Flüchtlingsproblem* landen sie in den Slums der großen Städte des Nordens und werden, wenn sie Glück haben, gnadenlos ausgebeutet, wenn sie Pech haben, wieder zurückgeschickt. Andere verharren in erzwungener Untätigkeit, nicht, weil das Hungern so bequem ist, sondern weil die Trennung von den nötigen Arbeitsmitteln jede lohnende Anstrengung außer Reichweite rückt. Auf sie deuten dann die moralischen Volkserzieher, nennen sie Faulenzer ohne Strebsamkeit und Arbeitswillen und erklären Passivität, Abstumpfung, ja Verwahrlosung der Menschen, die aus ökonomischer Hilflosigkeit und nicht überwindbarem Elend resultieren, zur selbst verschuldeten Ursache des Elends.

3.

Die Armut der *Staaten* der Dritten Welt ist etwas ganz anderes als die Not großer Teile ihrer *Völker*. Diese Staaten folgen der heute als einzig zeitgemäß geltenden Raison und setzen für den Fortschritt ihrer Macht und ihres Reichtums auf die *Vermehrung privaten Eigentums*. Dafür ist die *Armut* ihrer Bürger *produktiv*. Also legen sie sie darauf fest, sich den Eigentümern der Produktionsmittel als *Instrument* ihrer Profite anzubieten. Geldverdienen durch Lohnarbeit, soll der einzige erlaubte Lebensunterhalt des

AK GEGENARGUMENTE

Eine wöchentliche Diskussionsveranstaltung des Konvents der Fachschaften an der LMU München:

Zeit: Donnerstag, 19.30 Uhr

**Ort: LMU München Hauptgebäude,
Geschwister-Scholl-Platz 1,
Raum B 011, Adalberthalle
(Eingang: Adalbertstraße)
U-Bahnhaltestelle Universität**

Volkes sein, damit es mit seiner Arbeit nicht nur sich ernährt, sondern dem Eigentümer der Produktionsmittel einen *Zuwachs* an Geld schafft, von dem auch der Staat seinen Teil abkriegt. Ob und in welchem Maß dieser Lebensunterhalt zustande kommt, hängt allerdings nicht vom Wunsch des Staates nach möglichst viel „Beschäftigung“ ab, und schon gleich nicht von dem Bedürfnis der Arbeitssuchenden, Geld zu verdienen. Darüber entscheiden allein die Rechnungen derer, denen die Produktionsmittel gehören: Sie lassen mittellose Arme für sich arbeiten, sofern, in der Menge und zu dem Arbeitslohn, wie deren Arbeit ihren Reichtum mehrt und nur dann. Der

moderne Lohnarbeiter kann weder durch Fleiß noch durch die Bereitschaft, sich für fast gar kein Geld herzugeben, seine Benutzung „erzwingen“. Diese hängt ganz von den *Geschäften* der Eigentümer ab, die von Land zu Land verschieden, im Ganzen aber von der Art sind, dass nur ein Bruchteil der Arbeitssuchenden eine Anstellung findet.

4.

Die wahren „Arbeitgeber“ sind heutzutage ohnehin die global disponierenden Konzerne. Sie vergleichen weltweit die Renditen, die sie aus Kapitalanlage erwarten können, legen ihr Geld vorurteilslos überall nach dem Gesichtspunkt des größten Ertrags an – und sortieren damit die Welt:

– In Ländern der so genannten *Vierten Welt*, Somalia, Äthiopien u.a., findet das internationale Profitinteresse fast gar *nichts Ausnutzbares*. In diesen Ländern läuft deshalb so gut wie gar kein Wirtschaftsleben, keine Produktion des Notwendigen und kaum ein Überleben. Aus der Welt des Eigentums, in der alles käuflich ist, aber auch gekauft werden muss, werden selbstverständlich auch diese Weltregionen nicht entlassen. Ein paar Dollar kommen dort immer noch zustande, auch dorthin kann man noch verkaufen; und als Bedingung der Möglichkeit zukünftiger Geschäfte müssen Grund und Boden und was es sonst noch gibt natürlich Privateigentum sein und bleiben.

– In Ländern, die zu *Unrecht Entwicklungsländer* heißen, macht sich das Geschäftsinteresse zumeist an speziellen *Naturbedingungen* fest: Kapital wird investiert in die Agrarproduktion für den Weltmarkt – so genannten „Cash Crops“, auf Deutsch: „Geldpflanzen“ –, in die Ausbeutung von Bodenschätzen und in die Tourismusindustrie. In diesen Fällen weckt nicht die nationale Arbeitskraft das Interesse der internationalen Kapitalisten, sondern eine *besondere Naturbedingung*. Abgesehen von den wenigen, die für Bergbau, Plantagenwirtschaft und die Bedienung der Touristen gebraucht werden, hat das Weltgeschäft für die lokale Bevölkerung keine Verwendung: Zusammen mit der in den erstgenannten Ländern bildet sie die *absolute Überbevölkerung des Weltkapitalismus*.

– In den so genannten *Schwel-lenländern* entdecken die internationalen Konzerne durchaus *Teile* des Volkes als *billige*

Arbeitskraft, die sie zusätzlich zu der in den Metropolen oder auch statt ihrer ausbeuten. Sie lagern Teile ihrer Produktion in *Billiglohnländer* aus, exportieren Arbeitstempo und Produktivität, die sie im Stammland aus ihren Leuten herausholen, zahlen dafür aber nur die ortsüblichen Hungerlöhne. Die lokalen Regierungen bekämpfen ihre staatliche Armut, indem sie ihre Menschen zum konkurrenzlosen Billigangebot ans internationale Kapital herrichten: Sie schlagen jeden Widerstand gegen die elenden Arbeitsbedingungen nieder und werben mit dieser Dienstleistung um auswärtige Kapitalinvestitionen. Wenn in solchen Ländern tatsächlich einmal alternative Regierungen an die Macht kommen, die nationalen Fortschritt anders verstehen und eine Minimalversorgung für ihre Bevölkerung anstreben, lässt die Koalition der freiheitlichen Weltmächte nichts unversucht, um derartige soziale „Experimente“ zum Scheitern zu bringen – notfalls per Militärintervention. Trotz aller mit äußerer und innerer Gewalt niedrig gehaltenen Löhne findet auch in den Schwellenländern nur eine Minderheit regelmäßige und geregelt entlohnte Arbeit. Die Mehrheit bildet die *kapitalistische Reservearmee*, die nur in ganz besonderen Wachstumsphasen das Glück hat, einmal eine Weile beschäftigt zu werden. Oder sie ist einfach nur *völlig überflüssige Überbevölkerung*.

– Alles das ist in den „Industrieländern“ nicht grundsätzlich anders: Auch hier ist ständig ein Teil der Arbeiterschaft unbeschäftigt und vom Abstieg ins Elend nicht nur bedroht, sondern betroffen. Auch in den „Hochlohnländern“ ist die Armut Grundlage und Produktivkraft der Wirtschaft. Dazu bekennt sich diese Gesellschaft unverhohlen, wenn Politiker, Wirtschaftsführer und Meinungsmacher über viel zu hohe Löhne klagen. Von der Wirtschaftskrise über die Defizite im Staatshaushalt und in den Sozialkassen bis zur Arbeitslosigkeit werden alle Übel auf den hohen Lohn zurückgeführt, und sie sollen durch seine Senkung überwunden werden. So bestätigen die Fachleute, dass der *Reichtum* dieser Gesellschaft auf der *Armut der Arbeitenden* beruht und fordern mehr davon. Weltweit hat die Mehrheit der Menschen das Pech, dass sie durch die Gewalt der Verhältnisse auf eine proletarische Existenz angewiesen ist, ihre Arbeitskraft aber nicht nachgefragt wird. Denn über Leben-Können und Nicht-Leben-Können der eigentumslosen Milliarden entscheidet das Kapital mit seiner Nachfrage nach Arbeit. Es definiert,

GegenStandpunkt

Politische
Vierteljahreszeitschrift

Archiv der Zeitschrift
1-1992 bis 4-2006
auf CD-ROM

ISBN 978-3-929211-12-2
Für alle modernen Browser und
Betriebssysteme

Lieferbar ab 10. Januar 2008. Bestellungen
über den Buchhandel oder direkt vom
Verlag
(Porto und Verpackung inklusive,
Versand mit Rechnung)

Gegenstandpunkt Verlag,
Augustenstr. 24, 80333 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de -
www.gegenstandpunkt.com

welche Menschen ein Lebensrecht haben, weil sie für seinen Profit gebraucht werden, und welche Menschen nach allen gültigen Maßstäben unnützlich und überflüssig sind. Sie sind daher eine bloße Last – und werden entsprechend behandelt.

... und ein Kommentar zu dieser Frage

Diese Antwort wird dem nicht genügen, der die Frage nach dem Grund für die Armut in der Dritten Welt *anders* meint: Es ist nämlich ein *Unterschied*, ob nach dem Grund der Armut oder nach dem Grund der *besonders* großen Armut gefragt wird; im zweiten Fall gilt das *Übermaß* der Armut als kritikwürdiger Skandal, und der Grund, der gesucht wird, ist einer für eine *Abweichung von einem Normalmaß*. Diese Fassung der Frage ist beliebt bei der Solidaritätsbewegung, bei Anti-globalisierungs-Gruppen, sowie bei den christlichen Kirchen mit ihren Kollekten: „Brot für die Welt“. Tatsächlich ist der Unterschied in Gesundheit, Lebenserwartung und Lebensstandard ja riesig: Die in der „Dritten Welt“ verhungern, die in der „Ersten“ sehen ihnen dabei am Farbfernseher zu – und freuen sich, dass es ihnen selbst gut geht, *vergleichsweise* wenigstens. Manche Lohnarbeiter des Nordens können sich sogar Reisen in die Reviere der pittoresken Armut leisten und sich mit ihrem Urlaubsgeld dort wie Herren aufführen. Dennoch ändert das nichts an

ihrer ökonomischen Stellung – und die teilen sie mit den Paupers in der Dritten Welt, von denen sie sich im Urlaub bedienen lassen. Ihr Unterschied entsteht auf Basis ihrer *Gleichheit*: Beide können nur leben, wenn sie fürs Kapital leben. Aus demselben Grund verdienen die einen Lohn, mit dem sie recht und schlecht auskommen, und verhungern die anderen. Wer allerdings das Übermaß der Armut in der „Dritten Welt“ für den eigentlichen Skandal hält, kommt in ein ganz anderes Fahrwasser. Er misst die Lage der Opfer des Kapitals aneinander und findet die Abweichung zwischen „Nord“ und „Süd“ ungerecht: Da erscheint der Lohnarbeiter der „Ersten Welt“ als reich, weil er mit dem Hungerleider der „Dritten Welt“ verglichen wird; umgekehrt erscheint dieser als arm nur

die erpresste Lebenslage von Lohnarbeitern überall, sondern die Abweichung ihrer Lebenslagen zum Skandal erklärt, den Grad des Elends in der Dritten Welt für das Erklärungsbedürftige hält, der unterscheidet einen normalen, funktionierenden Kapitalismus von einem defizitären, nicht funktionierenden, abnormen im Süden und fragt, warum den „Entwicklungsländern“ fehlt, was der „Norden“ hat. Dabei ist da nichts abnorm. Nirgendwo steht geschrieben, dass das Kapital die Menschen, die es seiner Ordnung unterwirft auch – wenigstens mehrheitlich – für seine Geldvermehrung benutzen muss. Global gesehen ist das ohnehin die Ausnahme. Dem „Süden“ fehlt nichts für die weltwirtschaftliche Rolle, die er im Weltkapitalismus spielt. Denn mehr war nicht versprochen, als dass das Eigentum alle Produktions- und Lebensbedingungen erst einmal monopolisiert und hinterher kalkuliert, was sich für seine Vermehrung aus diesen Bedingungen machen lässt. Wenn in den Entwicklungsländern ein mangelhafter Kapitalismus der Grund des besonders großen Elends sein soll, dann wird dem Kapitalismus ein Zweck unterschoben, den er nicht hat: Er soll die Weltbevölkerung ernähren und täte das auch, wenn er richtig funktionieren würde. Damit steht alles auf dem Kopf: Nicht dass die Welt dem Geschäftsinteresse untergeordnet ist, ist das Problem, sondern dass sie es noch nicht genug ist. Wer meint, dem „Süden“ fehle etwas dazu, dass es bei ihm so auskömmlich zugeht wie im „Norden“, der weiß auch schon, was: Kapital, dieses in einer kapitalistischen Welt unverzichtbare Lebensmittel der Menschen. Das Elend kommt dann nicht von der Herrschaft des Kapitals, sondern von einem Mangel an Kapital. Und wer sich auch noch der verkehrten Frage widmet, warum sich das Kapital nicht gleichmäßig über die Erde verteilt, warum es nicht auch den „Süden“ beglückt, der es so dringend benötige, dem fallen statt der einen Ursache des Elends tausend falsche Sonderbedingungen ein, die vermeintlich eine „gesunde Entwicklung“ des an sich segensreichen Kapitalismus im Süden behindern: Schlechte Regierung, Korruption der Mächtigen, sowie die Trägheit der Massen, fehlende Demokratie, koloniale Benachteiligung, Protektionismus des Nordens, Überschuldung der Staaten usw. Entsprechend idealistisch und weltfremd fallen dann auch die Lösungsvorschläge aus: Die Korruption der Politiker muss bekämpft werden und die Trägheit der ortsansässigen Bevölkerung. Der Geldmangel der Staaten ist durch Schuldenerlass und neue Kredite zu beheben

und der der Menschen durch milde Gaben. Der Demokratie ist auf die Sprünge zu helfen, der Infrastruktur und dem Arbeitswillen. Und dann, wenn man alles „richtig“ macht, sorgt der Kapitalismus auch dort für Wohlstand. Denn dass er das „eigentlich“ tut, das ergibt sich doch zweifelsfrei aus dem Vergleich mit hier. Dass die Zustände hierzulande das Normale sind und der Hunger die Ausnahme ist, da ist man sich trotz des beständig gegenteiligen Augenscheins ganz grundlos sicher. Übrigens wird der Vergleich zwischen einer „gesunden kapitalistischen Normalität“ und einer „unnormalen Fehlentwicklung“ heute eher in umgekehrter Richtung durchgeführt. Die deutschen Lohnarbeiter bekommen von ihren Chefs gesagt, dass sie zu teuer sind für deren Gewinn, und dass ihre Arbeit in Tschechien, Portugal und erst recht in Südostasien viel billiger erledigt wird. Andere Völker arbeiten länger und machen es für weniger Lohn – und das geht auch! Dort wandert das Kapital hin, Arbeitslosigkeit haben sich die Arbeiter selbst zuzuschreiben, wenn sie so unflexibel sind, ihren Lebensstandard nicht in Richtung „Dritte Welt“ zu reformieren. 35-Stunden-Woche, Tariflohn, Krankenversicherung und Altersversorgung – alles wird als Luxus betrachtet und behandelt, der dem Geschäftserfolg in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz abträglich ist und deshalb zur Marktwirtschaft auch nicht passt. Inzwischen ist das Lohnniveau im Norden eine Fehlentwicklung, die korrigiert gehört, und die Armut in der Dritten Welt ein Vorbild. Die Experten in Sachen Marktwirtschaft haben kein Problem damit zuzugeben, dass der Reichtum dieser Gesellschaft auf der Armut der Arbeitenden beruht. Im Gegenteil, sie klagen, dass es hierzulande zu wenig davon gibt. Tatsächlich ist es immer dasselbe: Die Eigentumsordnung des Kapitalismus macht die Menschen unfähig, für ihr Leben selbst zu sorgen; sie zwingt alle, ihre Chance darin zu suchen, dass sie sich dem Kapital dienstbar machen. Während die Freunde der sozialen Gerechtigkeit die Lebensverhältnisse unter dem Kapital hier und dort vergleichen, vergleicht das Kapital die Leistung und Billigkeit der Völker praktisch – das heißt, es spielt sie gegeneinander aus. Wenn dann die Menschen endgültig von dieser Ordnung umfassend erpresst sind und niemand mehr leben kann, wenn er nicht fürs Kapital lebt, dann finden sich welche, die die Sache umdrehen: Sie erklären mit dem Verweis auf diese Alternativlosigkeit das Kapital zum Lebensmittel der Menschheit.

**Die Radio-Analyse des
GegenStandpunkt**
Jeden Montag um 18.45 Uhr
Radio Lora München
UKW: 92,4 MHz
[http://de.groups.yahoo.com/
group/lora-gegenstandpunkt/](http://de.groups.yahoo.com/group/lora-gegenstandpunkt/)

durch den Vergleich. Der Protest, der vom Vergleich lebt und Ausgleich fordert, gerät sehr bescheiden: Er versteht den Lebensstandard kostengünstiger Lohnarbeiter als einen echten und eigentlich unnötigen Luxus. Da gilt es eher, vom unverdienten Reichtum etwas abzugeben und als ungehörig, mehr Teilhabe am existierenden Reichtum zu fordern. Den Armen im „Süden“, denen die Solidarität der Protestierenden gilt, wünscht man ein bescheidenes Auskommen. Freiheit von Hunger und sauberes Trinkwasser, das reicht schon. Die trostlose „Subsistenz“, die durch den Einzug der Weltwirtschaft in ihre Länder zerstört worden ist, wird als „Leben im Einklang mit der Natur“ verklärt; eine proletarische Existenz oberhalb der offiziell definierten Armutsgrenze gilt als „Mittelstand“. Der Vergleich der Armut hier und dort legt, ausdrücklich oder nicht, den Maßstab des Leben- und Überleben-Könnens an – und das in dieser Welt des Reichtums, in der es von allem und für alle genug und mehr als genug geben könnte. Wer also nicht

Alter Hunger, neuer Hunger

1. Ein bisschen merkwürdig ist die derzeitige Aufregung über den Aufschwung des Elends in Sachen Ernährung schon. Hunger ist schließlich eine beständige Begleiterscheinung der modernen Welt, wird regelmäßig zu hohen Feiertagen von humanitären Verbänden zum Thema gemacht, der privaten Barmherzigkeit und Spendenfreude anempfohlen und ebenso regelmäßig wieder zugunsten anderer Themen abgesetzt. Und auch der gewisse, mit dem Lebensmittelpreis verbundene Gegensatz, an dem sich die aktuelle Entrüstung festmacht, ist nicht im Jahr 08 in die Welt gekommen: Mit der *Bezahlung* ihres Essens tun sich Millionen von Statisten der globalen Marktwirtschaft schon seit längerem schwer. Die Statistiken sind ja alle vorhanden und werden aus aktuellem Anlass hervorgezogen, wie viele Millionen „Haushalte“ in wie vielen Ländern ihr „Einkommen“ zum größten Teil für Ernährung ausgeben. Auch die Einsicht, „wer weniger als einen Dollar zum Leben hat, der kann sich schon bei geringen Preisschüben kaum ernähren“ (Kofi Annan, Handelsblatt, 29.4.08), wäre schon früher zu haben gewesen.

An Hungerkatastrophen und die Verwaltung des Elends mit Hungerhilfen hat sich die Welt als feste Bestandteile des internationalen Geschäftslebens längst gewöhnt. Die Aufregung der Moralwachteln und Krisenwarner, die zur Zeit die Öffentlichkeit okkupiert, verdankt sich dem besonderen *Ausmaß*, in dem dieses Phänomen auftritt: Immerhin vermehren sie nicht nur einen plötzlichen Schub in der Hungerstatistik, der humanitär gestimmte Gemüter erschreckt, weil sie sich auf vielfältige Weise um die Bekämpfung der Not in aller Welt bemühen. Sie haben auch bemerkt, dass sich die Neuzugänge im Lager der Unterernährten aus den armen Massen rekrutieren, die bislang in vieler Herren Länder im Stande waren, ein essbares Existenzminimum zu kaufen. Ihre Not verdankt sich also einem außergewöhnlichen Phänomen im Fach Weltwirtschaft – die Preise für Lebensmittel, die essbaren Produkte der Agrarwirtschaft, um deren Senkung sich die Betreiber dieses Wirtschaftszweigs nachhaltig verdient gemacht haben, schießen mit einem Mal in die Höhe.

2. Das ist eine Herausforderung für die Berichterstatter. Und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Zunächst wissen sie sich ihrem *humanitären* Gewissen verpflichtet, weshalb ihnen das Leid, welches die Kräfte des Marktes anrichten, leid tut. Serienweise und auf allen Kanälen tun die Auslandsreporter ihre Pflicht, nehmen das weltweite Auftreten des Phänomens in Augenschein, informieren über die gesundheitsschädlichen Folgen von Unterernährung, über die jämmerliche Essensersatzstoffe, über die Gefühlslage von Eltern, die den Hunger ihrer Kinder ansehen müssen etc. etc., klären also echt gründlich auf: Hunger ist wirklich nicht schön und die davon Betroffenen sind sehr sehr viele.

Daneben kennen sie aber auch noch eine ganz andere Kategorie Betroffener: Sie versetzen sich in die Lage derer, die für die *Ordnung in der Staatenwelt* zuständig sind. Für die stellen Massen von Hungernden, die sich noch ohne Gehhilfe bewegen können, eine Gefahr dar. Wenn sie Krawall schlagen, ist die „Stabilität“ so manchen Gemeinwesens im Eimer, und der Terrorismus blüht auf. Das sind Sorgen von ganz anderem Kaliber: Staaten werden durcheinandergebracht, und in den hoffnungslosen Fällen, der Ansammlung von ‚failed states‘, bei denen die Gewährleistung eines Mindeststandards an Ordnung schon von übergeordneten Instanzen wahrgenommen wird, bekommen es deren Blauhelme mit dem Aufruhr zu tun. Zudem klagen UNO-Vertreter darüber, dass ihnen ihr schönes Milleniumsziel bei der Armutsbekämpfung kaputtgemacht wird; ihr Programm zur Kontrolle über die Sozialfälle der Weltordnung durch eine Betreuung der Elendsgebiete kommt durch den Preisschub in Finanznot.

Drittens ist also eine Diagnose fällig, wenn das Schlimmste vermieden werden soll. Da ein Verweis auf gestiegene Produktionskosten, z. B. über höhere Energie- und Düngemittelpreise, als Erklärung der konstatierten *Preisexplosion* für nicht hinreichend befunden werden, rücken die verschiedensten Elemente von Angebot und Nachfrage, alles in gerechter Gewichtung, ins Blickfeld, wobei eines auffällt: Diese traditionell wirkenden Marktkräfte, die nach geltender Lehre doch immer alles in ein nützliches Gleichgewicht bringen sollen, treten diesmal als Auslöser von *Störungen* auf, und sie haben *nationale Adressen*, namentlich chinesische Kaufkraft soll es sein, die einiges durcheinanderbringt. Den anderen Teil der Schuldfrage bewältigt

der Sachverstand mit dem Fingerzeig auf das *Spekulationsgewerbe*, das auf höhere Preise „setzt“ und sie genau damit herbeiführt.

Schon interessant, dass hier lauter Faktoren als Schuldige benannt werden, die sonst als ehrenwerte marktwirtschaftliche Instanzen ihren Dienst tun und unsere Wirtschaft so effizient und dynamisch machen.

3. Das liegt daran, dass 'der Markt' diesmal etwas durcheinandergebracht hat, was die Verantwortlichen nicht einfach auf sich beruhen lassen können. Mit der Hungersnot neuen Typs hat die „Globalisierung“ über merkwürdige Umwege *nationalökonomische* Fragen der *Versorgung* wie der *Ressourcen* auf die Tagesordnung gesetzt. Die Sorge darum ist nun nicht mehr nur beim Öl, wo man sich inzwischen daran gewöhnt hat, und bei anderen Rohstoffen angesagt, sondern jetzt auch in einem Sektor, der sich bis neulich noch in unseren Breiten hauptsächlich mit dem lästigen Problem seiner Überschussproduktion bemerkbar gemacht hat. Die Agrarsphäre ist und bleibt die *Grundlage* allen modernen Industrie- und sonstigen Wesens, weil mit ihren Produkten die Ernährung der Völker bestritten wird, auf deren Einsatz wiederum die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Herrschaft und das Ausmaß ihrer politischen Großtaten beruht. Allerdings hat das System namens Marktwirtschaft einiges an dieser Grundlage *revolutioniert*. Aus der Vergangenheit weiß man, dass vom Überleben der Völker bis hin zu den politischen Kulturleistungen alles mit der Ernte steht und fällt. Wenn Dürre, Überschwemmung oder Kriege stattfinden und die Ackerbestellung ausfällt, ist es auch um das übrige gesellschaftliche Leben schlecht bestellt; im Gefolge von Missernten und Hungersnöten verschwindet manche Herrschaft aus der Geschichte. Auch in den Gründerzeiten des Kapitalismus sind Weizenmissernten und Kartoffelseuchen immer noch Fragen auf Leben und Tod, die irische Hungersnot entvölkert die Insel, ganze Nationen werden durcheinander gebracht, wenn die Natur zuschlägt. Immerzu ist im Staatsleben die Frage präsent, wie das Volk über die Runden kommt.

Der Durchbruch findet statt aufgrund der Entdeckung der *Wissenschaft*, dass und wie die Bodenfruchtbarkeit zu beeinflussen ist, und der *Anwendung der Technik* auf den landwirtschaftlichen

Produktionsprozess. Durch den Einsatz von Maschinerie anstelle von Handarbeit, durch die Entwicklung von Saatgut und Düngemitteln und die Anwendung dieser Techniken in großem Maßstab werden die Erträge der Landwirtschaft gesteigert, auf vielfältige Weise ihres Risikos entkleidet – die Landwirtschaft wird *industrialisiert* und zwar als eine Abteilung der kapitalistischen Produktion: Die Techniken zur Erhöhung der Fruchtbarkeit und der agrarischen Erträge sind wie andere Produktionsmittel auch im System der Marktwirtschaft eine *Frage des Kapitalvorschusses*. Die Anwendung von Wissenschaft und Technik als Mittel zur Herstellung einer rentablen Produktion bewirkt auch in der Landwirtschaft eine regelrechte Revolutionierung der Produktivität und bildet damit den Auftakt dazu, das bedrohliche Element dieser Produktionssphäre, das Risiko ungünstiger Naturbedingungen in dieser Gesellschaft immer weiter zu reduzieren.

In ganz anderer Weise stellt die *Herstellung des Weltmarkts* eine Überwindung der Abhängigkeit von den Naturbedingungen dar. Im Rahmen der Neuordnung der Welt, die Amerika nach den Weltkriegen der freien Welt andeuten lässt, wird auch das Programm zur Liberalisierung bzw., was dasselbe ist, zur Kontrolle des Welthandels durchgesetzt. Amerika ermutigt bzw. nötigt die anderen staatlichen Teilnehmer am Welthandel, ihre ökonomische Basis inkl. der landwirtschaftlichen Produktion dem internationalen Kapitalverkehr zu „öffnen“, sich einer möglichst schrankenlosen Konkurrenz der Kapitale zu stellen, damit sich die erfolgreichen und effizienten weltweit durchsetzen und sich mit einem ebensolchen Wachstum nützlich machen. Gedacht war dabei durchaus an ein erweitertes Betätigungsfeld für die erfolgreichen Konzerne, die schon von amerikanischem Boden aus operierten, aber auch die Partner haben seitdem eine faire Chance, aus der Konkurrenz etwas zu machen, sofern sie die Mittel dazu haben. Seitdem streiten die Nationen mit ihrem unterschiedlichen Gewicht und unterschiedlichen Erpressungsmitteln in der WTO darum, wer sich wie viel an nationalen Regelungen, Schutz- und Fördermaßnahmen, die der Geschäftsfähigkeit des nationalen Bauernstands zur Sicherung der nationalen Versorgung gelten, unter diesem Handelsregime genehmigen darf, wo Anpassung nötig ist. Und in der Konkurrenz darum, wer den Weltmarkt zu seinem Instrument zu machen versteht, wessen Agrarkapital sich den Welthandel erschließt, wer

andere dazu zwingen kann, Handelsmodifikationen zurückzunehmen, welche Regelungen Handelsblöcke durchsetzen können, haben die Nationen mit dem politischen Regelwerk auch einen Weltagrarmarkt geschaffen. Sie haben, was das Kapitel Volksernährung betrifft, *Autarkiegesichtspunkte* zunehmend für *überflüssig* befunden, weil sie die nationale Versorgung mit Lebensmitteln dem *Weltmarktgeschäft überantwortet* und sich gleichzeitig für die dort geltenden Bedingungen zuständig gemacht, ihre *Aufsicht* auf den Welthandel *ausgedehnt* haben.

Auch in der naturverbundenen Sphäre der Landwirtschaft findet die Herrichtung aller Länder zur Gelegenheit für die Anlage von Kapital statt und die Beförderung des landwirtschaftlichen Produkts zum internationalen Geschäftsartikel; auch dort wird die lokale Produktion für den Weltmarkt umgewälzt. Internationale Nahrungsmittelkonzerne nützen die ganze Welt als Gelegenheit zur Kapitalanlage und als Markt, mustern die unterschiedlichen Klimate und Naturbedingungen durch zur Steigerung der Erträge und für eine lückenlose Belieferung der Märkte mit der verderblichen Ware. Die agrar- und biotechnische Industrie überbietet sich in der Erfindung von Techniken, die das Wachstum dieser Sorte Rohstoffe möglichst unabhängig von Witterung und Bodenbeschaffenheit steuern, die Haltbarkeit von Pflanzen und Produkten steigern, mit dem Pflanzenwachstum den Kapitalumschlag beschleunigen. Der Agrarsektor wird weltweit zum Lieferanten für die erlesene Zahlungsfähigkeit auf den besseren Standorten gemacht, mit Schnittblumen aus Afrika, Frühgemüse ganzjahreszeitlich und Präparaten für wechselnde Gesundheits- und Ökomoden. Die Akteure an den internationalen Warenbörsen ermitteln lohnende Preise, ziehen Kapital in die verschiedenen Abteilungen und sorgen damit für die sprunghafte Ausdehnung des Geschäfts wie für die regelmäßigen Überschüsse, den Wechsel von Ausdehnung und Gesundheitschrumphen in den jeweiligen Kategorien agrarischer Rohstoffe. Den Preisverfall wissen sie bei den lokalen Produzenten, Landarbeitern, Staatshaushalten abzuladen. Aufgrund solcher Geschäftsoperationen sind Produzenten und Konsumenten nun international 'vernetzt', die Welt ist ein ‚global village‘ – was für Bilder auch immer die Phraseologie des Zusammenwachsens für die Subsumtion der Lebensbedingungen unter den Weltmarkt erfindet.

Und so sieht die Emanzipation von der Naturbedingtheit der Volksernährung aus, die die Subjekte des Weltmarkts zustande bringen: Alles ist zu einer Frage von *Zahlungsfähigkeit* gemacht, zu einer Frage des eingesetzten *Kapitals* und davon, dass sich Staaten um die Umwandlung der agrarischen Produktion in Abteilungen von *Export und Import* kümmern. Und so unterscheiden sich auch die daran beteiligten staatlichen Subjekte und ihre jeweilige „Entwicklung“: Es gibt Länder, die über Kapital verfügen, und Länder ohne oder mit viel zu wenig Kapital. Die ersteren eröffnen ihrem heimischen Kapital lauter Gelegenheiten, für sie ist der Weltmarkt ein *Instrument*; die letzteren tun alles dafür, das geschäftstüchtige Kapital auf ihrem Standort anzusiedeln und zur Herstellung bzw. zum Ausbau einer wirtschaftlichen Basis zu bewegen. Für sie stellt die Bewährung auf dem Weltmarkt eher eine harte Notwendigkeit dar. Die Hochburgen des Kapitals sind gleichzeitig Produzenten agrarischer Überschüsse und Ausgangspunkt einer diesbezüglichen Exportindustrie; Amerika schon vor den Weltkriegen und inzwischen auch Europa, das sich in ein paar Jahrzehnten über die Produktion von Milchseen und Butterbergen zum Nahrungsmittlexporteur hochgerüstet hat, der um den Rest der Welt als Absatzmarkt konkurriert. Dieselben Länder sind umgekehrt Standort der potenten Geschäftemacher und großen Importeure von agrarischen Rohstoffen, die die Produktion in 'unterentwickelten' Gegenden ganz nach den Geschäfts- und Geschmackskonjunkturen der entwickelten Märkte ausrichten.

Darüber hat sich auch die Frage der Volksernährung bei den besseren Nationen, die ihre agrarische Leistungsfähigkeit wie ihre Zahlungsfähigkeit zur *Beherrschung des Weltmarkts* benutzen einigermaßen verändert: Bei ihnen ist die Reproduktion zum Abfallprodukt einer Exportindustrie wie rentabler Importe auf der Grundlage nachhaltiger ‚terms of trade‘ herabgesetzt.

Bei den anderen Nationen, die um kapitalistische Benützung konkurrieren, sind eher Schranken eingerissen worden: In ihrem Kampf um Zahlungsfähigkeit sind sie notgedrungen für eine Umwidmung der nationalen Produktion zugunsten weltmarktfähiger Produkte aufgeschlossen, ihre reichlich vorhandene Natur wird für ‚cash crops‘ genützt – für Erträge in gutem Geld, dem der potenten Nationen. Auch für Experimente der angewandten Chemie und Gentechnik räumen sie den United-Fruit-Companies und Agrarkonzernen die nötige

Handlungsfreiheit ein. Die Ernährungsgewohnheiten in solchen Ländern werden dann auch deswegen revolutioniert, weil die Naturumstände, zur Produktion für den Weltmarkt benützt, für die bisherigen Subsistenzgewohnheiten ihrer Bewohner nicht mehr zur Verfügung stehen bzw. geeignet sind. Soweit eine lokale Produktion für den nationalen Markt stattfindet, muss sie beweisen, ob sie der Konkurrenz mit den Produkten kapitalkräftiger Agrarproduktion gewachsen ist. Der Weltmarkt wird daher inzwischen von vielen Nationen bestückt, bei denen die *Volksernährung auf Importen basiert*. An welche und wie viel Nahrungsmittel deren Einwohner überhaupt herankommen, ist dann ein Derivat übergeordneter Größen, hängt z. B. davon ab, wie viel an nationaler Zahlungsfähigkeit die nationale

Heinz Böhm in den Talkshows Spendengelder ein.

Daneben expandiert der Agrarmarkt. In den zivilisierten Breiten ist jeder Supermarkt eine Kleinausgabe des Weltmarkts, und in den täglichen Preislisten der Zeitungen für agrarische Rohstoffe spiegeln sich die Dimensionen des Geschäfts wider, zu denen es Ackerbau und Viehzucht im Weltmaßstab gebracht haben.

4. Und jetzt das. Jetzt produziert diese Sphäre einen *Störfall*, der ganze Nationen durcheinanderbringt. Aus der Abteilung Lebensmittel findet ein Rückruf statt, der das Problem der Reproduktion von ganzen Volkswirtschaften wieder auf die Tagesordnung setzt, die Haltbarkeit von Staatsgewalten in Frage stellt – während und obwohl alle Techniken zur Überwindung der Misslichkeiten der Naturbearbeitung in Kraft sind, die das geltende System zu bieten hat.

Seitdem wird öffentlich Ursachenforschung betrieben, in der man schon eine Reihe von Faktoren als Mitschuldige an der Preisexplosion dingfest gemacht hat: das Programm zur Erzeugung von *Biosprit*, das die USA und Europa aufgelegt haben, sowie den erhöhten *Konsum in den Schwellenländern*, Inder und Chinesen und ihre „*Nachfragemacht*“. Dieselben Nationen bringen mit ihrer Zuwendung zu „höherwertigen“ Nahrungsmitteln den Agrarmarkt dann noch mehr durcheinander, weil – wie man inzwischen auch gelernt hat – die moderne Viehmast für 1 Kilo Fleisch x Kilo Getreide einzusetzen pflegt. Die Tatsache, dass nun auch diese Völker im menschenfreundlichen System der Marktwirtschaft ein bisschen mehr abbekommen, gilt aber nicht im geringsten als Anlass zur Freude, weder beim humanistisch gestimmten Publikum noch bei den Realisten: Ausgerechnet da, wo die gestiegene Nachfrage dem Geschäftsleben einen Riesendienst erweist, die Massenkaufkraft eine entsprechende Geschäftssteigerung erlaubt, kommt die sonst so beliebte Instanz der zahlungsfähigen Nachfrage ins Gerede.

Auch beim anderen Bestandteil dieses elementaren Mechanismus, dem die Marktwirtschaft nach allgemeinem Verständnis ihre enorme Leistungsfähigkeit verdankt, beim Angebot ist man auf einmal kritisch: Moniert wird der *Rückgang von Agrarflächen* zugunsten der industriellen Nutzung. Was sonst als Ausweis von Wirtschaftserfolg, als Messlatte für die Leistungsfähigkeit einer Nation gilt, fungiert jetzt als Vorwurf – gegenüber China. Erwähnt wird auch schon einmal, dass ein gewisser Raubbau

stattfindet, der ganze Landstriche unbrauchbar macht, dazu kommen Wirkungen des Klimawandels, wozu je nach Standpunkt die 6jährige *Dürreperiode* in Australien gerechnet wird, einem der wichtigsten Getreidelieferanten, so dass Lieferungen ausbleiben.

Bloß *das* Element, das all diese Faktoren überhaupt miteinander in Zusammenhang bringt, das irgendwie in der Ausgangsdiagnose einer allgemeinen Teuerung vorkommt, der *Markt und seine Rechenweisen* – kommt für die Ursachenforscher als Ursache überhaupt nicht in Frage. Wie völlig externe Störfaktoren werden Biosprit und chinesischer Konsum dafür haftbar gemacht, dass „der Markt“ sie haargenau als das behandelt, was sie in der Marktwirtschaft sind: als Gelegenheit für geschäftstüchtige Subjekte, eine insgesamt gewachsene Zahlungsfähigkeit zur Steigerung der Gewinne auszunützen. Dasselbe gilt für die Konkurrenz um Anbauflächen: Wenn in China die agrarische Bodennutzung zugunsten der industriellen zurückgeht, dann nicht wegen einer chinesischen Eigenart, sondern aufgrund derselben Logik, nach der in anderen Nationen Ackerflächen zur Erzeugung von Biosprit umgewidmet werden: wegen der marktwirtschaftlichen Rechnung, womit sich mehr Geld machen lässt. Die höhere Rentabilität, die gewichtigere Zahlungsfähigkeit entscheidet über die Bodennutzung. Und wenn die verschiedenen ehrenwerten und auch gut bekannten Rechnungen aufeinandertreffen, dann bringt es die 'invisible hand' oder richtiger: die Anarchie des Marktes zu steigenden Preisen. An den Börsen ermitteln die Aktivisten des Geschäfts anhand der Konzentration des Angebots an verkaufsfähiger Ware und der zahlungsfähigen Nachfrage, welche Summen sich aus der Ware herauschlagen lassen, und das inzwischen mit weltweiter Geltung. Dass an den so ermittelten Preisen die Inhaber minderer Zahlungsfähigkeit scheitern, ist trotz der öffentlichen Anstrengungen zur Verfremdung des bekannten Geschehens keine Fehlfunktion, sondern gehört zum System. Markt und Börse sind schließlich keine Institutionen für eine planmäßige Versorgung der Welt mit Lebensmitteln, sondern zur Erzielung von Gewinn.

Auch die höchste Etage des Geschäfts, die des Finanzkapitals, das die Produkte der Landwirtschaft zum Stoff für *Termingeschäfte* und das darauf basierende Geschäft mit *Derivaten und Fonds* macht, sonst ein für nützlich und seriös befundener Zweig der Geldanlage, ist jetzt als Quelle der Preisexplosion, als sinn-

Freerk Huisken

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks.

Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw.

VSA – Verlag Hamburg 2007

ISBN 978-3-89965-210-9, 12,80€

175 Seiten

Bilanz dafür hergibt oder eben auch davon, durch welche internationalen Preis- oder Währungsbewegungen so eine nationale Zahlungsfähigkeit definiert wird. Auch davon, was dem jeweiligen Souverän bzw. seinen auswärtigen Sponsoren die Ernährung seiner Untergebenen wert ist, auch wenn die sich gar nicht nützlich machen. Schließlich ist durch die Inbetriebnahme aller Länder für den Weltmarkt auch eine weltweite Überbevölkerung produziert worden, die marktwirtschaftlich zu nichts oder nur wenig zu gebrauchen ist, und deren Naturbedingungen für die früheren Formen von Subsistenz unbrauchbar gemacht worden sind.

Deshalb gibt es im Rahmen des fortschrittlichen Weltmarkts immer schon größere Gebiete, in denen Hunger üblich ist; und daran ist man gewöhnt. Da werden auch Subventionen genehmigt und Hungerhilfen bereitgestellt, ein eigener Apparat der UNO betreut dieses Feld, und an Weihnachten sammelt Karl-

und maßlose Spekulation in die Schusslinie gekommen. Als ob es nicht grundsätzlich die Leistung dieses Gewerbes wäre, Nahrungsmittel wie jede andere Ware auch zum Objekt einer Art von Geschäft zu machen, das von Versorgungsgesichtspunkten völlig emanzipiert ist. In den Rechenkunststücken dieser Branche dient schließlich eine Dürre in Australien ebenso gut wie die chinesische Völlerei gleichermaßen nur als Anhaltspunkt für eine Gewinnrechnung, die sich auf zu erwartende *Preissteigerungen* bezieht, die dann irgendwann wieder beim Kartoffelvertilger und Reiskonsumenten ankommen. Finanzkapital, das alle Anlagegelegenheiten vergleicht, das aus krisenhaften Anlageformen „flieht“, „geht in“ Zertifikate auf Rohstoffe, inkl. agrarische, spekuliert auf weitere Preissteigerungen als Gelegenheit für sich, sein Kapital zu vermehren. Und das Verfahren gerät vor allem dann zu einer bombensicheren „Wette“, wenn Nationen sowie Instanzen wie die UNO als Käufer auftreten, wenn Meldungen die Runde machen, dass Nahrungsmittel exportierende Nationen ihre Exporte beschränken, wenn mitten in Amerika Hamsterkäufe stattfinden. Dann setzen die Produzenten und Käufer von „futures“ auf einen *wachsenden* und vor allem auf den *konkurrierenden Bedarf von Nationen*, der sich am Agrarmarkt geltend macht und eine todsichere Preisbewegung nach oben garantiert. Und der verleihen die Finanzsachverständigen damit noch einen eigenen Schub – genauso wenig unmoralisch, vielmehr in derselben sachlichen Art, in der die Spekulation die Ankündigung von Massenentlassungen mit steigenden Aktienkursen zu belohnen pflegt, weil sie sich wachsende Gewinne ausrechnet.

Die Spekulation gehört eben auch zur Leistung der Globalisierung auf diesem Gebiet. Wenn die Landwirtschaft ans Geschäft pur überantwortet ist, das Produkt als *Geschäftsartikel* umgeschlagen wird, dann ist es eben auch Gegenstand von *allen gültigen Interessen der Konkurrenz*, aller Etagen der kapitalistischen Rechnungsweisen. Daher bekommen es Ägypter mit den Wirkungen der Weizenbörse in Chicago zu tun, die weltweiten Hungerleider dürfen Bekanntheit machen mit den Leistungen der Spekulanten und Reisesser mit Biosprit; sie alle mit ihren Ernährungsgewohnheiten sind Anhängsel der Rechnungen, die auf dem Weltmarkt gelten. Der von denen bewirkte Preisschub schneidet sie von ihrem bisher gewohnten Konsum ab; ihre bescheidene

Zahlungsfähigkeit ist dem Niveau für lohnende Preise, das die Geschäftswelt an den Börsen herbeigehebelt hat, nicht gewachsen und scheidet daher aus. Mit dem Titel Globalisierung ist eben keine Freiheit, sondern ein Regime benannt, das über einen neuen Grad von Verelendung weltweit entscheidet.

5. Die kapitalistische Bewirtschaftung der Landwirtschaft hat den Sektor seiner Besonderheit entkleidet, auch seiner darin begründeten Probleme. Die ‚Knappheit‘ der Volksnahrungsmittel aufgrund der Unberechenbarkeit der Naturbedingungen ist durch die Kombination von Wissenschaft und Kapital in eine finanztechnisch berechenbare Sache verwandelt. Statt der früheren Notlagen zeichnet sich die Sphäre der Landwirtschaft durch die Erzeugung von Überschüssen aus – deshalb als Überschüsse ausgewiesen, weil sie unverkäuflich sind, keine lohnenden Preise erzielen, nicht weil es nicht genügend Esser auf der Welt gäbe. Jetzt aber kehren die Probleme der Vergangenheit in einer sehr neuen Fassung zurück: Der moderne, hoch entwickelte und effektive Weltmarkt hat eine für erledigt gehaltene Seuche wiederbelebt, stiftet mit diesem Preisschub Hunger in einem Ausmaß, das den Gang der Dinge erheblich stört; die Geschäftssphäre wird durch Spekulanten erschüttert und bringt mit einer heftigen weltweiten Teuerung die Grundlage einer ganzen Reihe von Staaten durcheinander. Und die Veranstalter der Institution Weltmarkt, die die Versorgungsfragen zur Gelegenheit für Geschäftemacher gemacht haben, müssen sich durch den Preis an die Eigenart des Gebrauchswerts Lebensmittel erinnern lassen, dass Völker immer noch von den Produkten der Landwirtschaft leben müssen.

Die Subsumtion der Lebensmittelversorgung unter den Weltmarkt ist zum *Drangsal von Nationen* geworden, sie gefährdet Versorgung und schafft damit eine *weltpolitische Lage*. Die Weltmarktagenturen, IWF und Weltbank, und die mit Armutsbekämpfung und Hungerhilfe befassten Apparate der UNO schlagen Alarm: Die Teuerung führt zu Revolten, die die Stabilität etlicher Staatsgewalten gefährden; andere Staaten reagieren mit Beschränkungen des Weltmarkts, einem Protektionismus neuen Typs: Exportverbote, -quotierungen, Preisfestlegungen, -kontrollen und das Außerkraftsetzen von Termingeschäften sind Maßnahmen, die nicht der Herstellung der nationalen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dienen, sondern einem Regime zur Sicherung der nationalen Versorgung. Und von beiden

Fällen sehen sich drittens die führenden Nationen betroffen, die sich für die Ordnung in der Staatenwelt, dieses allgemeine Gut geregelter Gewaltverhältnisse zuständig erklären.

Das Weltmarktgeschäft hat ein neues Kapitel in der Konkurrenz der Nationen eröffnet, das sich um den Zugriff auf *Ressourcen* und *Versorgungssicherheit* auch auf diesem Feld dreht; Staaten machen die Beschaffung von Lebensmitteln zu ihrer Sache, die sie *gegen andere* sichern. Sie befördern Nahrungsmittel in den Status strategischer Güter, und unter dem Titel Bekämpfung des Hungers sind die führenden Mächte jetzt mit nichts anderem als der Frage befasst, was sie auf dem Gebiet genehmigen und verbieten. Denn das ist für die Gründer und führenden Nutznießer des Weltmarkts selbstverständlich, dass ein Rückfall hinter den erreichten Fortschritt ihres weltweiten Handelsregimes nicht in Frage kommt; der Standpunkt der nationalen Versorgung mit Lebensmitteln und Ressourcen kann und darf nie mehr so auftreten wie früher. Die Weltmarktführer belehren alle anderen Weltmarktteilnehmer eigens darüber, dass eine Abschottung nationaler Märkte nicht nur völlig verfehlt wäre, dass sie damit nicht nur sich selbst schaden, sondern mit „einseitigen Maßnahmen“ ein irgendwie allgemeines Gut gefährden. Auf jeden Fall werden solche Maßnahmen für das Elend in anderen Nationen haftbar gemacht: Exporteinschränkungen „*treiben die Preise in die Höhe und schaden den ärmsten Bewohnern der Erde*“.

(Weltbankchef Zoellick, SZ, 30.4.08)
Für die weltmarktbeherrschenden Nationen hat jetzt *Hungerhilfe* höchste Priorität – und zwar in Form von Finanzbeihilfen, damit Staaten oder Agenturen der Armutsbekämpfung die explodierten Weltmarktpreise auch zahlen können; als Notmaßnahme zur *Rettung des Weltmarkts*, damit nicht Staaten aus Not oder Berechnung zu weltmarktfeindlichen Maßnahmen greifen. Sie ist aber auch im Unterschied zu den Summen, die zur Bewältigung der Kreditkrise aufgewandt werden, ziemlich preiswert, mit ganzen 770 Millionen Dollar ist z. B. für die USA die Sache schon geregelt. Als G8 und in ihren anderen Gremien kümmern sich die Ordnungsmächte des weiteren darum, ob ostasiatische Reisesporture eine ReisoPEC aufmachen dürfen, begutachten die Handelspolitik von China und Indien sowie argentinische Exportzölle, die Ukraine wird dazu angehalten, Exportquoten für Getreide wieder aufzuheben. Im Zweifelsfall wird eine Überbrückung der Notlage durch Aus-

nahmeregelungen bezüglich Ex- und Import von Nahrungsmitteln genehmigt – Hauptsache, keine geschädigte Nation entzieht sich dem Reglement des Weltmarkts, d.h. der Zuständigkeit der Aufsichtsmächte. Und es wird im Rahmen der WTO vorwärts gedacht, ob man nicht Staaten, die wegen ihrer Probleme mit der nationalen Versorgung zur Einführung von Exportquoten greifen, mit einer Versorgungspflicht gegenüber dem Weltmarkt vertraut machen soll.

Angesichts der Hungerkatastrophe fallen den weltmächtigen Subjekten prompt auch lauter *Machtfragen* ein, die es zwischen ihnen zu klären gilt. Wer z. B. die Kalamität der betroffenen Staaten zur Ausdehnung seiner Zuständigkeit ausnützen kann; die französische Regierung wartet schon einmal mit einem europäischen Programm für die künftige „Selbstversorgung“ Afrikas auf. Japan macht das europäische Programm für Biosprit haftbar für die Preisexplosion und verlangt Korrekturen etc. etc. Die USA und Japan fordern erneut eine Revision des europäischen Agrarmarkts. Und während die Führungsmächte ihre Konkurrenz mit der Erörterung solcher Schuldfragen ausfechten, besichtigen sie die Krisenlage auch schon als *Riesenchance*: Die USA und Europa setzen ihren Bauernstand zur Inbetriebnahme der bei ihnen bisher stillgelegten Agrarflächen in Marsch, um die hohen Preise auszunützen. Und man rechnet sich neue Chancen zur Beendigung der Doha-Runde der WTO, zur Fortschreibung des Weltmarktreglements aus; die Lebensmittelkrise gilt als „starker Anreiz“, die stockenden Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Das ist sie also, die Bekämpfung des neuen Hungers: eine *Riesenherausforderung* an die Weltwirtschaftsmächte, ihren Weltmarkt und die Weltmarktordnung zu gestalten, ihren dringlichen Bedarf nach neuen Regelungen umzusetzen, Entscheidungen über die Rechte und Pflichten Dritter herbeizuführen und überhaupt die Frage, wer wem was sagen darf, neu aufzuwerfen.

6. Ganz in diesem Sinne sehen sich Experten aufgerufen, *die intellektuelle Auseinandersetzung zur neuen Welt hungerlage* zu führen. Mit einem elaborierten Vorschlagswesen melden sie sich als die besseren Manager des Weltagrarmarkts zu Wort, die sachverständiger als die zuständigen Politiker wüssten, wie man die Weltbevölkerung mit bezahlbaren Lebensmitteln versorgen könnte. Von der affirmativen Unterstellung ausgehend, dass der Welthandel doch eigentlich dafür erfunden ist, gelangen sie zuverlässig zu der Fehldiagnose, dass ein

Nicht- oder Fehlfunktionieren desselben vorliegen muss, wenn an den Weltmarktpreisen für Lebensmittel die Ernährung scheitert. Und von dort aus bringen sie es zu allen möglichen zwar nicht sehr realitätstüchtigen, aber jedenfalls konstruktiv gemeinten Ratschlägen, wie sich durch ein entsprechendes Justieren der Stellschrauben Weltmarktgeschäft und Versorgung mit Nahrungsmitteln zur Deckung bringen ließe:

„Die Krise sollte aber auch ein Weckruf sein, die langfristige Agrarpolitik zu verbessern. Jahrzehnte der Protektion haben verhindert, dass sich breite internationale Märkte für Nahrungsmittel entwickeln. Die Industrieländer haben den Bauern der Schwellenländer keine Chance gegeben, ihre Produkte zu guten Preisen abzusetzen. Sie haben damit weltweit die landwirtschaftliche Basis geschwächt und den Fortschritt gebremst. Dadurch haben sie dazu beigetragen, dass die Bevölkerung in die Städte flüchtete, wo ihr jetzt das Geld fürs Essen ausgeht.“ (Handelsblatt, 17.4.08)

Nichts einfacher als sich z. B. den Weltmarkt als Institution zur Ermöglichung eines afrikanischen Wachstums zurechtzudenken, das bislang nur deswegen nicht zustande gekommen ist, weil man in den Metropolen eine so schlechte Agrarpolitik betrieben hat. Statt die Bauern der Schwellenländer den Weltmarkt erobern zu lassen, hat man das Gegenteil gemacht und sie vom Geschäft ausgeschlossen. Wie unvernünftig und kurzfristig gedacht ist es doch, europäische Exporte zu subventionieren, wenn dadurch die landwirtschaftliche Basis in Afrika gestärkt werden soll! Wo eine langfristig und wirklich nachhaltig angelegte Agrarpolitik, welche die Selbstversorgung in den Hungerleiderstaaten fördern würde, doch gerade für eine Entwicklung breiter internationaler Märkte für Nahrungsmittel zu sorgen hätte, auf denen gute Preise zu erzielen sind.

Andere, eher philosophisch gestimmte und auf sittliche Botschaften bedachte Intellektuelle nehmen den Fall als Gelegenheit, ihre moralische Weltanschauung zu bestätigen. Bei ihnen steht wie immer und überall der Mensch im Mittelpunkt des Geschehens, der mit seinem Fortpflanzungstrieb und seiner Gier nach der CO₂ Bilanz nun auch noch die Getreidebilanz durcheinanderbringt. Während die Lebensbedürfnisse massenhafter Minder- und Nichtsverdiener am Preis zuschanden werden, den der Weltmarkt seinen Kunden präsentiert, wird die Endlichkeit der Welt in Erinnerung gerufen. Im 21. Jahrhundert, nachdem es die Menschheit längst zu immer ausge-

klügelteren Techniken zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zu deren Emanzipation von natürlichen Schranken gebracht hat, wird die Lehre des alten Pfaffen Malthus wieder ausgegraben, das von ihm entdeckte 'Naturgesetz', demzufolge die Bevölkerung die fatale Neigung hat, rascher zu wachsen als die Mittel ihrer Ernährung, und die Unvernunft des Menschen beschworen, der einfach nicht einsehen will, dass die Grundtatsache seines Daseins die Knappheit ist.

Andere Beiträge warten aus Anlass des Hungerproblems mit Lösungen auf, die die Partei oder Redaktion schon immer auf Lager hat. In Kreisen von CDU bis FAZ, in denen man einfach weiß, dass Wind- und Bio-Energie bloß verfehlte Alternativen zur einzig sauberen Lösung Atomkraft sind, bereitet man das Thema postwendend in diesem Sinne auf. Hier wird Biosprit als Hauptgrund allen Übels bevorzugt; so sammelt man erstens die verbreitete moralische Entrüstung über den Missbrauch von Lebensmitteln als Treibstoff ein, und bringt zweitens wieder mal, wie neulich beim Thema Klimakatastrophe, die favorisierte energiepolitische Alternative groß heraus als Lösung für ein Menschheitsproblem. Hunger – ein erstklassiger guter Grund für Atomstrom, denn der nimmt garantiert keinem Neger die Butter vom Brot. Außerdem ist die grüne Fortschrittsfeindlichkeit als Hauptverantwortlicher dingfest gemacht für das Elend in anderen Ländern. Und der Ärger, dass eine Nation wie die wirtschaftsmächtige BRD sich ausgerechnet bei der Sorte Energie Schranken auferlegen und in der Konkurrenz um Energiesicherheit Nachteile in Kauf nehmen soll, kann für den Ausbau dieser Sorte Energie einen Sachzwang von höchster moralischer Qualität präsentieren.

Die Anhänger des Fortschritts auf dem Gebiet der Gentechnik steuern nach demselben Muster ihr Argument bei: Wer Gentechnik verdammt, verdammt die Menschheit zum Hunger! Wie kann sich Deutschland da noch Bedenken leisten? Hunger als moralischer Totschläger erledigt ja wohl alle Einwände gegen diesen umstrittenen Wirtschaftszweig. Und Deutschland muss aus reinster Nächstenliebe darauf bestehen, sich bei diesem Konkurrenzmittel höchster Güte alle nötigen Freiheiten zu genehmigen, damit sich Bayer gegen Monsanto durchsetzen kann. Denn bei allen Berichten über einschlägige Experimente in Indien ist schließlich klar, dass die verheerenden Wirkungen auf das Konto *amerikanischer* Multis gehen.

Und dann kommt in der Debatte noch ein letztes Anliegen zum Zug. Wenn Grundelemente des Wirtschaftslebens, wie der Preis und das Finanzkapital, von einer erregten Öffentlichkeit an den Pranger gestellt und als Ursachen für eine weltweite Krise denunziert werden, fühlen sich volkswirtschaftliche Vordenker dazu aufgerufen, diesem unsachverständigen Gerede Einhalt zu gebieten. Gepredigt wird gegen die Versuchung, mit „künstlichen Preisbeschränkungen“ der Not Herr werden zu wollen, gegen eine kurzsichtige Versorgungspolitik in gewissen Ländern, wo doch jeder die „alte Kaufmannsweisheit“ zu beherzigen hätte, „das beste Mittel gegen hohe Preise sind hohe Preise“. Denn die Lehre darf ja nicht in Vergessenheit geraten, dass es immer noch der Preis ist, der Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringt, der die dafür nötige Allokation von Ressourcen und Kapital zustande bringt usw. usf. Eindringliche Warnungen ergehen, nur nicht an die hohen Preise zu rühren. Laut Auskunft der ökonomischen Sachverständigen sind sie nämlich ein Segen, werden sie doch sicherlich ihre lehrbuchgemäße Wirkung entfalten und zum Beispiel geradewegs in die Taschen

afrikanischer Kleinbauern fließen, dort Kapital bilden, mit dem investiert wird, so dass dann endlich Afrika seine Selbstversorgung leisten kann...

Dieselbe Arbeit will zur Ehrenrettung des Kredits geleistet sein, wenn die Lebensmittelkrise überall zur Beschimpfung der Spekulation führt, und hochanständige Banken allein deshalb des Zynismus bezichtigt werden, weil sie mitten in der Krise Finanzprodukte wie Rohstofffonds und Zertifikate anbieten, mit denen der Kunde an der „Preisrally“ mitverdienen kann.

„Die zurückliegenden Preissteigerungen auf den Agrarmärkten haben Ideologen, Interessengruppen und Ahnungslosen Gelegenheit verschafft, über 'die Spekulation' herzufallen und sie als verruchte Urheberin der Verteuerung abzustempeln.“ (FAZ, 2.5.08)

Da lernt man dann, dass es der Spekulant ist, der weiterhilft, so auch in diesem Fall, wenn „Bauer und Bäcker“ sich nicht über den Preis einigen können. Hier springt der Spekulant in die Bresche und „trägt das Risiko“, stiftet „Sicherheit über künftige Preise“ – gegen eine geringe Bereitstellungsgebühr. Und auch dann, wenn er – zugegeben – ein wenig an der Preis-

bewegung nach oben beteiligt ist, so dient er doch damit letztlich nur als Signal, als Übermittler der Botschaft, dass die Preise wohl für die nächste Zeit hoch bleiben werden. Außerdem lenken die Finanzjongleure – dies die andere unverzichtbare Leistung – nur das Kapital dahin, wo es so dringend gebraucht wird. Das muss auch wieder einmal gesagt werden, da werden Wirtschaftsfachleute fundamental und erläutern die Grunddogmen übersichtlich wie im Proseminar. Schließlich dürfen das Gerede und die schlechten Meinungen über die Grundfesten der Marktwirtschaft nicht epidemisch werden, dann schädigen sie womöglich den guten Ruf seiner Sachwalter oder am Ende gar das Geschäft.

So würdigt man am Ende die Teuerung als Signal für den Beginn eines neuen wunderbaren Booms, womit die Ausgangsdiagnose einer weltweiten Katastrophenlage ins Gegenteil gewendet wäre. Die gute Botschaft lautet: Hohe Preise stimulieren die Produktion; die Spekulation lockt Investitionen in die Sphäre, und das alles geschieht zugunsten des Verbrauchers. Hoffentlich spricht sich das auch in den Hungergebieten herum.

Vorschläge des Europäischen Parlaments zum 5. Weltwasserforum:

Wie man erfolgreich Wasser in Geld verwandelt

Die UNO mit ihren Untergliederungen kümmert sich um Hunger, Völkermord und Seuchen. Auch darum, „dass fehlende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung jährlich 8 Millionen Todesopfer fordern und dass mehr als 1 Milliarde Menschen keinen problemlosen Zugang zu Trinkwasser zu akzeptablen Preisen haben und dass fast 2,5 Milliarden Menschen über keinerlei Abwasserentsorgung verfügen.“ (Entschließung Europäisches Parlament, 12.3.09, daraus auch alle folgenden Zitate.) Und wie das ihr Job ist, bewältigt sie dieses globale Problem durch periodisches Abhalten eines Weltwasserforums, auf dem sich transnationale Wasserkonzerne, Staudambauer, Lobbyvereinigungen und andere Verantwortungsträger für dieses „gemeinsame Gut der Menschheit“ treffen. Für das diesjährige Treffen bietet das EU-Parlament mit seiner Entschließung einen umfassenden Lösungsansatz.

Darin wird Schluss gemacht mit der ineffektiven Entwicklungshilfe, die immer nur versickert, mit dank Fördermittel gebohrten Brunnen z. B., die bloß Wasser

pumpen. Stattdessen drängt das Parlament darauf, „Finanzmittel von allen möglichen Arten von Investoren zu mobilisieren und die Finanzierung des Wassers durch Einbindung privatwirtschaftlichen Kapitals zu stärken“, um darüber den „Zugang zu Wasser und zu sanitären Einrichtungen für alle zu verbessern“. Realistisch wird gleich im Ausgangspunkt in Rechnung gestellt, dass es auf der einen Seite „ärmste Bevölkerungsgruppen“ gibt, die von allen Mitteln ausgeschlossen sind, und sich ihre Existenzbedürfnisse nicht erfüllen können, noch nicht mal das „Grundbedürfnis an Wasser“; auf der anderen Seite gibt es welche, die mit ihren Finanzmitteln den Stoff besitzen, mit dem man in der Marktwirtschaft alles, also auch Wasser verfügbar macht. Da liegt die Lösung auf der Hand, die beide Seiten sinnvoll kombiniert: Die einen machen ihr Geschäft mit dem Wasser, und die anderen haben ihr Wasser.

Bei der guten Idee bleibt bloß noch eine Kleinigkeit offen: Die Geldfrage, also das alles entscheidende Recht der Financiers auf eine lohnende Investition, denn wo

der Ertrag nicht garantiert ist, herrscht trübe „Zurückhaltung von Investoren auf dem Wassermarkt“. Was das Wasser also unbedingt braucht, um trinkbar zu werden, ist ein „Garantiemechanismus, um der Zurückhaltung entgegenzuwirken“, und der findet sich darüber ein, dass „ein Preisniveau festgelegt wird“: Wenn sich das Geschäft nicht lohnt, wird es lohnend gemacht. Das hat den kleinen Nachteil, dass vor dem „garantierten Zugang zu Wasser“ für die Armen der grundsätzliche Ausschluss vom Wasser steht: Es gibt keins für sie, es sei denn, sie bezahlen den festgelegten Preis des „Wirtschaftsgutes“. Der große Vorteil aber ist, dass sie nicht mehr von der launischen Natur mit ihrer „äußerst ungleichen Wasserverteilung“ abhängig sind und mit Geld so viel Wasser haben können, wie sie Lust haben. Fehlt freilich das Geld, bringt es die Natur des Preises mit sich, dass sie weniger Wasser haben: „Die Liberalisierung und Deregulierung der Wasserverteilung in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern können zu Preissteigerungen führen, von denen

die Ärmsten betroffen sind und die ihren Zugang zum Wasser verringern.“ Kaum hilft man in der Marktwirtschaft den „ärmsten Bevölkerungsgruppen“, stellt sich heraus, dass die zu arm sind, sich ihre Hilfe leisten zu können.

Aber auch dieses kleine Hindernis ihres grundsoliden Wassergeschäftsplans lässt sich beheben: Es müssen „gezielt Beihilfen eingesetzt werden, insbesondere für arme und ländliche Bevölkerungsgruppen“. Wenn die einen das Wasser nur gegen Geld hergeben, die anderen aber kein Geld haben, dann passt es wieder, wenn man Letztere subventioniert. Zwar haben „die Ärmsten“ in den „am wenigsten entwickelten Ländern“ noch immer kein Geld, sich das Wasser leisten zu können, aber einen Zuschuss, der ihnen in Aussicht gestellt wird. Seinerseits darf der „Privatsektor mit seiner Kapitalkraft, seinem Know-how und der Technologie“, der, man erinnert sich, der Wasserversorgung auf die Sprünge helfen sollte, jetzt umgekehrt damit rechnen, dass ihm geholfen wird - mit einem subventionierten Wasserpreis.

Die benötigten Mittel für die Zuschüsse finden Europas Abgeordnete praktischer-

weise gleich dort, wo auch die Wassernot beheimatet ist. In den „Entwicklungsländern“ ist ja der „Staat ein Hauptakteur der Wasserpolitik“, also müssen „die Regierungen Unterstützung leisten“. Doch machen sich da die Parlamentarier nichts vor. In diesen seltsamen Ländern wird „dem Wasser kaum eine politische und finanzielle Priorität eingeräumt“, es herrschen ziemlich unhaltbare Zustände: „Unzureichender Rechtsrahmen ... schlechte Bewirtschaftung ... Mangel an Transparenz ... Korruption ... Fehlen von Diskussionen über das Preisniveau“. Deshalb muss man an die Alternative denken und Recht wie Zuständigkeit, den „armen Familien ihre Grundbedürfnisse an Wasser“ bezahlbar zu machen, auf „die kommunale Ebene“ verlagern, die „für ihre Regelung und ihre Bewirtschaftung am besten geeignet ist“. Mag es in solchen Gemeinwesen auch an Ordnung in jeder Hinsicht fehlen, vor Ort sind die Bedingungen für die Wasserfinanzierung ganz brauchbar: Kaum betrachtet man nämlich die „armen Familien“ unter dem Gesichtspunkt „lokaler Bevölkerungsgruppen“, lassen sich bei denen genug „örtliche

Ersparnisse“ ausfindig machen. Und die sind nicht einfach fürs Einkaufen von Wasser gut, sondern gehören den „örtlichen Finanzmärkten“ anvertraut, denn auch das braucht das Wasser: Ein Nanokreditgewerbe, das Wassergeld bewirtschaftet und aus örtlichen Ersparnissen Mikrokredite macht.

Für Finanzierungsfragen weiß man in Straßburg auch, wer vor Ort die Aufsicht führen soll: „Nichtstaatliche Organisationen sollen eine Vermittlerrolle vor Ort mit den Bevölkerungsgruppen“ übernehmen und für „eine demokratische Wasserbewirtschaftung“ sorgen, „die effizient, transparent und reglementiert ist.“ Dann haben die Leute vor Ort nicht nur Wasser, sondern auch noch politisch korrektes Wasser.

Derart rationell und effektiv in Sachen Bedürfnisbefriedigung zu sein, das kriegt echt nur der globale Kapitalismus hin. Da steht auch dem Erreichen des Millenniumsziels nichts mehr im Wege, „bis 2015 den Anteil der Bevölkerung ohne dauerhaften Zugang zu Wasser zu halbieren“.

Europas Flüchtlingspolitik: Abschiebung, Abschreckung, Sortierung.

Am 23. Juni 2008 stellt die SZ aus gegebenem Anlass die europäische Flüchtlingspolitik unter das Motto: „Die Boote sind voll.“ Sinnreich spielt das liberale Blatt damit auf die Sprachregelung an, mit der hierzulande der Andrang von Asylanten und Flüchtlinge aus Afrika und anderswo kommentiert wird, und gibt im Vorspann den dazu passenden Generalnenner vor, wie man die Sache sehen soll: Europa hat ein ernstes Problem mit diesen Massen, sieht sich zum Einschreiten gezwungen und sucht nach besseren Lösungen, der Flut Herr zu werden:

„Im Sommer, wenn das Mittelmeer ruhiger ist, versuchen wieder viele Flüchtlinge aus dem Süden nach Europa zu gelangen. Die Europäische Union reagiert darauf mittlerweile mit ihrer Überwachungsagentur Frontex. Deren Aufgabe ist es, auch die Seegrenzen zu kontrollieren. Flüchtlingshelfer kritisieren die Methoden der Grenzschützer jedoch heftig. Und EU-Politiker suchen neue Konzepte zur Armutsbekämpfung.“

Zunächst erfährt man allerdings erst einmal, wie es zugeht auf dem Mittelmeer. Ungeschminkt und mit Zahlen unterlegt wird die lebensgefährliche Flucht von Afrikanern über das Mittelmeer und ihr „Zusammentreffen“ mit den Grenzkon-

trollieren von „Frontex“ geschildert: Seit Jahren ertrinken massenhaft Verzweifelte, die in Nussschalen und Seelenverkäufern der Armut oder Verfolgung in ihren Heimatländern in der Hoffnung auf irgendein Auskommen in den kapitalistischen Metropolen des Nordens zu entkommen suchen. Immer öfter werden sie von „Frontex“-Beamten aufgegriffen, die sich das Mittelmeer in drei Einsatzgebiete aufgeteilt haben, weit vor den europäischen Hoheitsgewässern operieren, über die Fluchtrouten genau Bescheid wissen und die Flüchtlinge nach Möglichkeit sofort wieder in ihre afrikanischen Herkunftshäfen zurückschaffen.

Woher dieses ‚menschliche Elend‘ rührt, wie es dazu kommt, dass sehr reiche wie sehr arme Staaten eine Bootsfahrt voneinander entfernt existieren, oder welchen Grund es hat, dass für bestimmte Menschen keine Freizügigkeit, sondern der Rechtsstatus der „Illegalität“ gilt – all das interessiert die SZ nicht weiter; und schon gar nicht, dass vielleicht die Armut dort etwas mit der Reichtumsproduktion hier in der EU zu tun hat. Die EU kommt ganz anders in Spiel – als Opfer dieser Menschenmassen, als betroffene Staatenregion, deren Verantwortliche auf diesen jährlich wachsenden „Flüchtlings-

strom“ „ragieren“ müssen, der einfach nicht berechtigt ist, nach Europa zu „fließen“ und dessen Massen die von dieser „Überschwemmung“ bedrohten europäischen Länder selbstverständlich nicht aushalten und aufnehmen können – „Die Boote sind voll“, eben auch in den Zielländern.

Also sind Gegenmaßnahmen gegen diesen Andrang geboten, das steht für die SZ fest. An denen fehlt es ja auch nicht, wie die Beschreibung der Vorkommnisse im Mittelmeer zeigt. Unübersehbar haben sich die EU-Staaten mit der Frontex ein gut ausgerüstetes und schlagkräftiges Grenzregime geschaffen, damit die Armen in ihren Slums bleiben und um ihre massenweise Einwanderung in die nördlichen Länder abzuwehren; denn für die Mehrung des Reichtums, der in den EU-Ländern produziert wird, sind sie mehrheitlich nicht gefragt und zu gebrauchen, also steht ihnen auch in diesen Ländern kein Lebensrecht zu. Abschiebung und Abschreckung, also Härte und Kaltblütigkeit im organisierten Umgang mit den Aufgegriffenen sind deshalb die sachgerechten Methoden für eine EU-Grenzpatrouille, die ihren Job gut erledigen will – und das alles wirft ein Schlaglicht darauf, wie sich in der heutigen Welt Armut und Reichtum in

und zwischen den Nationen sortieren und wie die Zuständigen das Menschenmaterial in Volksgenossen, die zu ihrem nationalen Bestand gehören, und für ihre nationalen Belange nützliche und deshalb zugelassene Ausländer oder aber in nutzlose Hungerleider scheiden.

Mit ihrem Verständnis für die Sorgen der betroffenen Länder beim Umgang mit diesen unliebsamen Störenfriedern stellt sich die Lage für die SZ anders dar: Bewältigt die Truppe ihre Aufgabe eigentlich ordentlich?, heißt die Frage, und prompt zeichnen sich unter diesem Gesichtspunkt *„Licht und Schatten der Frontex-Operationen ab“*. Wenn man nämlich erst einmal unterstellt, dass die Elendsgestalten hierzulande nichts verloren haben, die Verhinderung ihrer illegalen Unternehmung also in Ordnung geht, dann ist es letztlich, wenn man so will, sogar ein *Dienst* an ihnen und äußerst human, wenn man sie möglichst zuverlässig und nachhaltig von unseren Grenzen fernhält. In diesem Sinne attestiert die SZ der Frontex erst einmal ein großes Plus in Sachen *Menschlichkeit*: *„Mit Hilfe von Frontex werden jetzt zahlreiche der Verzweifelten aufgegriffen und auch vor dem Ertrinken gerettet, angeblich 53.000 allein in den vergangenen zwei Jahren.“* Die europäischen Regierungen machen zunehmend die Grenzen dichter, verschärfen die Zuzugsbedingungen und -verbote, machen also jeden Versuch, den unaushaltbaren Umständen im europäischen Vorfeld zu entfliehen, zu einer kostspieligen und lebensgefährlichen Angelegenheit – und die Überwachungs- und Abschiebungsmaschinerie, die den politischen Willen exekutiert, gelangt darüber glatt in den Ruf einer Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger! Freilich fällt dann auch der SZ wieder ein, dass die Frontex-Patrouillen eine etwas andere Aufgabe haben und die Zielgruppe solch menschenfreundlicher Aktionen diese gar nicht ohne weiteres zu schätzen wissen, sich denen vielmehr lieber entziehen: *„Dadurch, dass die typischen Routen wie jene über Gibraltar oder nach Lampedusa immer stärker überwacht werden, nutzen die Flüchtlinge und ihre Schlepper immer kleinere und damit gefährlichere Boote und immer weitere, ungewöhnlichere Strecken, um nicht entdeckt zu werden.“* Ein eindeutiges Handikap für die Rettungsmannschaft von Frontex, dem die aber tatkräftig zu Leibe rückt, indem sie *„die Flüchtlingsboote ... oft weit vor den europäischen Hoheitsgewässern abfängt und sie, wenn immer das möglich ist, in die afrikanischen Herkunftshäfen zurückbringt.“*

Daran ist im Prinzip nichts auszusetzen, wenn, ja wenn dabei alles ordentlich zugeht, und das ist nicht der Fall:

„Dabei jedoch, kritisieren Flüchtlingsorganisationen, werde nicht geprüft, ob sich an Deck schutzbedürftige Menschen befinden, die Anrecht auf Asyl in Europa hätten.“ Leute riskieren ihr Leben, um ihrem Elend zu entfliehen – und diese humanistischen Kritiker geben zu bedenken, dass sie eventuell wegen eines ihnen gar nicht bekannten Rechtstitels ihr Leben doch gar nicht hätten riskieren müssen! Und dass doch spätestens dann, wenn man sie erwischt hat, *genau* nachzusehen sei, ob sie *wirklich rechtens* dorthin zurückverfrachtet werden, von wo sie herkommen! Wenn sie schon zwischen „legitimen“ und „illegitimen“ Einwanderern scheidet, soll die EU auch wirklich nur die abschieben, die sie gemäß ihrer Scheidung nicht haben will: Nur das ist human, und so human denkt offenbar auch die SZ.

Freilich kann sie in diesem Zuge auch von hoffnungsvollen europäischen Lösungsansätzen für das schwierige Unterfangen berichten, den *lästigen* Ansturm nachhaltig abzuwehren und damit zugleich den unbetenen Besuchern die *unmenschlichen* Gefährdungen zu ersparen, die sie sich und *verbrecherische Schlepper* ihnen angesichts der abgeschotteten Grenzen antun. Die europäischen Politiker waren nicht faul: *„Vor diesem Hintergrund haben die Innenminister der EU auch zwei Verträge unterzeichnet, die für die Union etwas Neues, fast Revolutionäres, in Gang bringen könnten: Es geht um Mobilitäts-Partnerschaften.“* Der Anspruch der EU darauf, dass die verelendeten EU-Ausländer, die man hier nicht haben will, gefälligst in den Slums ihrer Herkunftsländer verrotten und nicht aufwendig abgefangen und abgeschoben werden müssen, wird selbstredend nicht revolutioniert: *„Die Union will verhindern, dass Arme aus ihren Heimatländern fliehen, als ‚Illegale‘ nach Europa kommen und von dort wieder in ihre Heimat abgeschoben werden, nur um gleich wieder nach der ersten Möglichkeit Ausschau zu halten, ihr Land Richtung Europa zu verlassen.“* Das einschlägige Pilotprojekt mit den Kapverden sieht vielmehr eine *„Zusammenarbeit“* vor, die für die SZ den Charme hat, durch ein angebliches *„Do ut des“* genial *„einfach“* zu sein: *„Im Zentrum steht die Bereitschaft der beteiligten EU-Länder, Menschen von den Kapverdischen Inseln legale Arbeitsplätze in Europa anzubieten. Im Gegenzug müssten sich die Kapverden verpflichten, Landsleute, die sich illegal in Europa aufhalten, wieder zurückzunehmen und die eigenen Grenzen zu sichern.“* Die Kapverden sollen ihre Leute verlässlicher als bisher in einer Art Völkergefängnis einsperren, um sie damit der EU vom Leib zu halten. Die EU versichert im Gegenzug ihr *„Bereit-*

schaft“, glatt ein paar Zuzugserlaubnisse auszustellen, falls europäische Betriebe ein Interesse haben nach Hungerlöhnern von dort. Das revolutionäre Partnerschafts-Konzept besteht also erstens darin, das Vorhaben der potenziellen Bootsflüchtlinge derart im Keim zu ersticken, dass sie erst gar nicht fortkommen und man sich die Mühe der dauernden Abschieberei erspart. Zweitens darin, dass man handgezählten Elendsgestalten aus dem großen Reservoir, die man brauchen kann, die Einreise gestattet – wie bisher auch schon. Und als solche Kreaturen sind sie dann Stoff eines weiteren Artikels zum Thema *„Europas Flüchtlingspolitik“*: *„Gebraucht und Gefürchtet. In Italien verdingen sich viele Illegale als billige Arbeitskräfte“*.

Da erfährt man, dass *„die überalterte Bevölkerung Italiens und die Suche nach billigen Arbeitskräften in der Landwirtschaft, auf dem Bau und in den Familien das Land für Einwanderer attraktiv machen“*. Ob die Afrikaner wirklich Alterspyramiden studieren oder Niedriglohngruppen vergleichen, um sich eine Zielregion auszusuchen, bevor sie in See stechen? Es wird schon eher so sein, dass die Flüchtlinge – vorausgesetzt, sie haben die Überfahrt überlebt und sind von der Polizei unentdeckt geblieben – aufgrund ihrer absoluten Armut und ihrer Illegalität völlig alternativlos zu den schäbigsten Arbeitsangeboten erpressbar und deshalb für das auch im italienischen Kapitalismus bestens etablierte Bedürfnis nach billigen und willigen Arbeitskräften höchst attraktiv sind. Weniger attraktiv ist demgegenüber, wie die SZ verständnisvoll zu Protokoll gibt, für den italienischen Staat, dass *„diese ‚Clandestini‘ (‚Heimlichen‘) wesentlich mehr Straftaten als Italiener und legal im Land lebende Ausländer begehen. Laut der Caritas (also einer garantiert glaubwürdigen Adresse) machen sie bei Delikten wie Erpressung und Hehlerei bis zu 80 Prozent der Täter aus“*. Da kann die SZ gut nachfühlen, dass der Italiener zum Feind dieser Ausländer wird, ganz im Sinne der öffentlichen Propaganda die Menschen nach Inländern und legalen oder illegalen Ausländern sortiert und Letztere dafür anfeindet und verachtet, dass sie von seinem Staat in die Illegalität verbannt werden und zu den entsprechenden Lebens- und Überlebensstrategien greifen; dass die einschlägigen Kreise in ihrer Mehrzahl die Sphären der kapitalistischen Niedriglöhner ohne jede Absicherung und ohne Rechtsschutz bevölkern, kommt in der Statistik und im volkstümlichen Standpunkt zur Ausländerfrage nicht so sehr zum Tragen. Da kann es, so die SZ, schon passieren, dass *„das alles in der Wahrnehmung vieler Bürger zu dem Gefühl verschmilzt, Italien*

leide unter einem schweren Ausländerproblem“. Ob man aber wirklich „mit strengen Gesetzen die Wähler befriedigen“ und „illegale Einwanderung zur Straftat“ machen soll, stößt „auch im Regierungslager auf Bedenken“. Der reinrassige Volkskörper vs. der Nutzen,

den auch minderwertige Rassen für die Nation bringen können: Das ist noch so eine Grundsatzfrage für humanistische Demokraten, weshalb „einige Politiker darauf hinweisen, dass viele italienische Familien ohne die – oft illegal im Land lebenden – Altenpfleger und Haushalts-

hilfen nicht auskämen“. Ein überzeugenderes Argument für ihre Duldung als die Drecksarbeit, die solche Menschen gezwungenermaßen willig erledigen, gibt es offensichtlich nicht.

Friedensnobelpreis für einen Bankier Geschäft ist Hilfe, Kredit ist Menschenrecht

Das norwegische Parlament, das zur Erinnerung an einen der größten Rüstungsfabrikanten und Kriegsgewinnler den weltweit bedeutendsten Friedenspreis verleiht, hat wie stets eine würdige Wahl getroffen. Ein Kriegsherr, der seine Sache gerade zu Ende gebracht und Frieden geschlossen hat, war wohl nicht zu finden, so hat man einen anderen Wohltäter der Menschheit geehrt: Den Bankier Mohammad Junus aus Bangladesch. Er hat dadurch von sich reden gemacht, dass er in seinem Land eine Art Raiffeisenbank gegründet hat, die kleine und kleinste Summen auch an die ganz Armen verleiht, indem sie auf pfändbare Sicherheiten verzichtet, die die ohnehin nicht stellen könnten. Die Sicherheiten ersetzt seine Grameen-Bank (Dorf-Bank) durch eine intensive Überwachung und soziale Kontrolle der Schuldner, eine Technik, die ihr die gigantische Rückzahlungsquote von über 98 % ihrer Ausleihungen einträgt. Auf sie nimmt die Bank 20% Zinsen im Jahr – immer noch viel weniger, wie es heißt, als die Wucherer, die sie damit verdrängt. Mit ihren Zinserträgen und stetigen Rückflüssen, mit Spar-Einlagen und dem Verkauf von Genossenschaftsanteilen an ihre Kunden vergrößert die Dorf-Bank ihre Finanzkraft stetig, weitet ihr Geschäftsfeld auf immer neue Dörfer und Dörfler aus und wächst damit noch in ganz andere Dimensionen hinein. Zusammen mit Telenor ist sie inzwischen Eigentümer des größten Mobilfunkbetreibers des Landes – und findet ob ihrer Erfolge weltweit immer mehr Nachahmer auch unter global agierenden Privatbanken, die sich das neu erschlossene Geschäftsfeld nicht entgehen lassen wollen. Das Interesse des echten Finanzkapitals, weit davon entfernt, das edle Entwicklungsprojekt zu diskreditieren, adelt es endgültig als realitätstaugliches Bankgeschäft. Natürlich wird der Preis des schwedischen Dynamit-Produzenten nicht für eine Finanzinnovation verliehen, mit der sich auf neuen, bisher ungenutzten Feldern Geld machen lässt, sondern für Verdienste

um die höchsten Ideale des modernen Imperialismus: Frieden und Entwicklung. Preiswürdig findet das Komitee die bengalische Geschäftsidee denn auch wegen ihres Beitrags zur „*Entwicklung von unten*“: Der „*Bankier der Armen*“ hat „*Millionen Menschen aus der Armut geholfen*.“ (HB, 16.10.06) Das dürfte übertrieben sein. Was sich aber sagen lässt, ist, dass Junus mit seinen Mikrokrediten aus untätigen, überlebensunfähigen und nutzlosen Armen fleißige, schachernde, dienstleistende und Zinsen zahlende Arme gemacht hat. Und es ist keine Lüge, sondern eine zynische Wahrheit über die ökonomischen Existenzbedingungen auch in der sogenannten Dritten Welt, dass die Indienstnahme des Überlebenskampfes der Armen zugunsten des Bankkapitals den Charakter einer Hilfe, ja der einzig realistischen und wirksamen Hilfe annimmt. Wo Kredit Hilfe, gar unverzichtbar dafür ist, dass einer an die ihm absolut nötige Arbeit gehen kann, sind alle traditionellen Formen von Kooperation, Arbeitsteilung und sozialem Verbund durch die Macht des Privateigentums aufgelöst und zerstört. Dieses Eigentum aber gehört, wie ihr Name schon sagt, nicht den Armen. Auch sie stehen in einer Wirtschaft, in der sich alles ums Geld dreht, sind auf Gedeih und Verderb aufs Geldverdienen angewiesen – und ohne Geld. Für sie sind schon primitivste Arbeits- und Produktionsmittel – Saatgut, Nähmaschine, Wasserpumpe – unerreichbar. In dieser Situation, in der alle Bedingungen beismann sind und nur noch ein Geldvorschuss dafür fehlt, dass der mittellose Arme sich in einen Erwerb stürzt und mit seinen Anstrengungen um einen Lebensunterhalt noch Zinsen abwirft, kann eine Bank helfen. Wenn der Kapitalismus erst einmal Platz gegriffen hat, geht nichts mehr ohne Kapital – und sei es in homöopathischen Dosen. Die mit Startgeld ausgerüsteten Kleinstunternehmer haben nun das Glück, mit ihrem Angebot sich erstens gegen die Konkurrenz der industriell erzeugten Im-

portprodukte aus den entwickelten Ländern, zweitens gegen den kämpferischen Geschäftssinn von ihresgleichen behaupten und drittens die Ansprüche ihres wohlthätigen Gläubigers befriedigen zu dürfen - ehe ihre Arbeit sie ernährt. Besonders stolz ist Professor Junus darauf, dass sein Entwicklungsprojekt nicht zum x-ten Mal auf Mildtätigkeit hinausläuft, sondern sich in ein echtes Geschäft übersetzt – „*ein Geschäft wie jedes andere*“ (HB) -, das sich erstens selbst finanziert und wächst und zweitens dafür sorgt, „*dass auch die Ärmsten der Armen selbst für ihre Entwicklung arbeiten können*.“ (La Sicilia, 14.10.) So hat er, wie das Nobel Komitee meint, mit seiner Geschäftsidee „*mehr für die Entwicklung von unten bewirkt als viele Milliarden auswärtiger Entwicklungshilfe*.“ „*Almosen bringen nichts!*“ – diese lang erprobte Wahrheit versteht der philanthropische Ökonom allerdings nicht etwa so, dass einmalige Geschenke und Nothilfen an der Lage der Betroffenen nichts ändern und es schon mehr bräuchte – eine kollektive Organisation der notwendigen Arbeit etwa –, um in seiner Weltregion das Leben erträglicher zu machen. Nein, er versteht den Satz pädagogisch, lehnt nicht rückzahlbare Zuwendungen und Entwicklungshilfen ab, nicht weil sie nichts nützen, sondern weil sie die Beschenkten verwöhnen, ihnen den Zwang zur Mühsal ersparen und sie wie Drogenabhängige nur immer noch abhängiger vom nächsten Zuschuss machen. Kapitalismus als Erziehungsmittel ist dagegen genau das, was die Elenden brauchen. Ihrer Schaffenskraft, in die Junus großes Vertrauen setzt - „*Jeder Mensch hat die Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen*“ –, hilft die streng überwachte Pflicht der Zinsenbedienung auf die Sprünge. Das wirkliche Verhältnis von Zweck und Mittel im Bankgeschäft stellt der ökonomische Volkserzieher damit zwar schon auf den Kopf: Zins zu erwirtschaften soll nicht der Zweck des Geldverleihens sein, sondern ein raffiniertes Mittel, um den Schuldner zu

regelmäßiger Arbeit anzuhalten und an die Härten der Selbstverantwortung zu gewöhnen. Aber das ist eben ein der VWL würdiger Idealismus; und solange die Rückzahlungen funktionieren, kann man ja so tun, als liefen beide Ziele auf dasselbe hinaus: der Zwang, einen Teil der eigenen Arbeitszeit für die Bank zu arbeiten, als die beste Erziehung zur Arbeit für sich selbst. Überhaupt bekennen sich der Preisträger wie seine Laudatoren dazu, dass es ihnen noch mehr um die Hebung der Moral der Ärmsten zu tun ist, als um die Hebung von deren Lebensstandard: „Mit seiner Idee, den Armen durch Kleinstkredite zu helfen, gab er vielen Menschen ihre Würde zurück.“ (NN, 14.10.) Arme Leute, die ihre

Rechnungen bezahlen und Schulden tilgen, haben Würde – die Sorte Selbstständigkeit und Respektabilität nämlich, die die Freiheit kapitalistischer Existenzen ausmacht. Ihre vertraglich eingegangene Abhängigkeit vom Mikrokreditgeber ist Unabhängigkeit, die erfüllte Pflicht zur Verzinsung ist Freiheit. Hilfe anzunehmen, wäre dagegen Unselbstständigkeit, Elend und begründete zu Recht Verachtung. Mohammad Junus hat sich also wirklich verdient gemacht. Erstens um den immer wieder bedrohten Ruf des globalen Kapitalismus. Mit seiner moralisch besonders glaubwürdigen, weil geldmaterialistische Motive gar nicht verleugnenden Innovation hat er bewiesen, dass sich auch die ganz Armen im

Kapitalismus unterbringen lassen; d.h. sich auch für sie – wenigstens für einige von ihnen – die Gleichung von Arbeit für den Lebensunterhalt und Arbeit fürs Kapital organisieren lässt, in diesem Fall eben für das Kapital der Bank. Er hat sich zweitens verdient gemacht um die praktische Verankerung eines angepassten Armutskapitalismus in den Weltregionen, die der Rechnungsweise des Kapitals längst unterworfen sind, ohne dass Kapitalisten mit den menschlichen und natürlichen Produktionsbedingungen dort so recht etwas anzufangen wüssten.

Abschiebung zum Tariflohn

Wie Europa mit der Ausbeutung illegaler Zuwanderer aufräumt

In der EU gibt es geschätzte 8 Millionen illegale Einwanderer, die dort leben und arbeiten, ohne das zu dürfen. Es gibt Arbeitgeber, die sie brauchen können, und zwar gerade deswegen, weil Leute, die illegal leben, doppelt erpressbar sind: Sie müssen arbeiten, um zu überleben, dürfen sich aber nicht erwischen lassen, weder beim Arbeiten noch beim Leben. Das Gute für die Arbeitgeber daran ist: Leute, die sich verstecken müssen, sind ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Und so sehen die Arbeitsbedingungen dann auch aus: Nach offiziellen Ermittlungen der EU-Kommission sind sie „besonders ausbeuterisch“, Schönheiten wie „Zwangsprostitution“ und „illegale Beschäftigung von Minderjährigen“ sind an der Tagesordnung. Als Saisonarbeiter im Bau, als Erntehelfer in der Landwirtschaft, als Hausangestellte, Krankenpfleger und Sexsklaven leisten die Illegalen wertvolle Dienste, die sich für ihre Arbeitgeber oft doppelt lohnen, weil „ausgeübte Tätigkeiten, die ... vergütet werden müssten“, schlichtweg nicht vergütet werden. Wenn die Betroffenen frech werden und auf Bezahlung bestehen, oder wenn man sie nicht mehr braucht, meldet man sie den Behörden und sie werden – unkompliziert für den Arbeitgeber – abgeschoben. Solche skandalösen Zustände können EU-Kommission, -Rat und -Parlament nicht mehr mit ansehen. Sie beschließen, den Ausbeutern das Handwerk zu legen. Eine „Richtlinie“ für die nationalen Gesetzgeber legt fest, dass „der Arbeitgeber verpflichtet (sein sollte), Drittstaatsangehörigen ausstehende Vergütungen für geleistete Arbeit zu zahlen

sowie fällige Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Kann die Höhe der Vergütungen nicht festgelegt werden, so wird zumindest von dem Lohn ausgegangen, der in den geltenden Rechtsvorschriften über den Mindestlohn in den Tarifvereinbarungen oder gemäß den Gepflogenheiten in den entsprechenden Beschäftigungsbranchen vorgesehen ist.“

Sehr sozial finden sich die EU-Verantwortlichen, und eine karitativ eingestellte Öffentlichkeit findet das auch: Endlich wird Schluss gemacht mit der rücksichtslosen Lohnsklaverei, die die Paupers dieser Welt, die es irgendwie nach Europa geschafft haben, sich gefallen lassen müssen.

Bei soviel nachgewiesenem sozialem Gewissen fällt der politische Zweck nicht weiter ins Gewicht, den Europas Innenpolitiker mit ihrer Richtlinie tatsächlich verfolgen und aus dem sie auch gar kein Geheimnis machen. Schon im Titel geben sie Auskunft:

„Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen“,

heißt das Ding, und eben darum geht es auch: Den Illegalen soll nicht ihr „gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk“ gesichert, sondern jede Aussicht auf einen Lebensunterhalt genommen werden. Der gesetzliche Kampf gegen irreguläre Arbeitsbedingungen und Betrug um Lohnzahlungen bezweckt nicht eine Ausbeutung, die den europäischen Standards genügt, sondern zielt auf die besonderen Vorteile, die besonders scharf

kalkulierende Unternehmer sich von Dienstkräften ohne Aufenthaltsrecht versprechen können. Deswegen ist deren Verpflichtung auf ein reguläres Entgelt für ganz irregulär Beschäftigte auch nur eine Zutat zu sehr viel substanzielleren Sanktionsdrohungen:

„Zur Durchsetzung des allgemeinen Verbots und als Abschreckung gegen Zuwiderhandlungen sollten die Mitgliedstaaten angemessene Sanktionen vorsehen. Dazu gehören Geldbußen und Geldstrafen sowie Beiträge zu den Kosten der Rückführung von Drittstaatsangehörigen ohne legalen Aufenthalt, sowie die Möglichkeit, geringere Geldbußen und Geldstrafen für Arbeitgeber vorzusehen, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, die eine Person zu privaten Zwecken eingestellt haben.“

Letzteres eine nette Geste gegenüber Privatpersonen, die aus Not, etwa zwecks Versorgung eines moribunden Familienmitglieds, oder aus mildtätiger Gesinnung ein armes Schwein etwas verdienen lassen. Davonkommen sollen die aber auch nicht. Und wenn professionelle Arbeitgeber illegalen Immigranten einen Gelderwerb verschaffen, ganz gleich zu welchem Lohn, dann soll es für die ganz dick kommen: Sie werden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen und erhalten keine Subventionen mehr. In schweren Fällen kann die Firma geschlossen werden. Die den Behörden hinlänglich bekannten Ausreden – beispielsweise Unwissenheit über den Rechtsstatus eigener oder der bei Subunternehmern unter Vertrag stehenden

Arbeitskräfte – gelten nicht mehr: Alle Papiere sind genau zu prüfen. Dabei gehen die EU-Politiker davon aus – schreiben das aber selbstverständlich nicht in ihre Richtlinie hinein –, dass der Schaden für die Arbeitgeber sich in engen Grenzen hält: Schließlich verfügt der eigene Staatenclub über mehr als

genügend Paupers, die sich, freilich innerhalb der Grenzen der Legalität, aber im Endeffekt dann doch genauso gut ausbeuten lassen wie die von außen Zugereisten. Was sie dafür, wie zum Hohn, in ihre Richtlinie hineinschreiben, sind Zusatzbestimmungen, die den politischen Zweck wieder mit dem sozialen

Gedanken verknüpfen. Ein ganz kleines Schlupfloch wird nicht absolut dicht gemacht: Wer Illegale berät, z.B. in der Frage, wie sie an ihren Lohn herankommen, soll damit nicht automatisch „Beihilfe zum unerlaubten

Wahlen und Massaker in Kenia:

Schon wieder enttäuscht ein Musterland der "Demokratisierung Afrikas" seine Aufseher

In Kenia haben sich die Rivalen um die Macht im Staate – Kibaki und Odinga – auf eine Koalitionsregierung geeinigt. Die hiesige Presse nimmt diese Meldung erleichtert auf, denn schließlich stand seit den Wahlen im Dezember 2007 einiges auf dem Spiel. Der erbitterte Streit, der sich am Vorwurf des Wahlbetrugs entzündete, und dann die brutale Gewalt, mit der die Anhänger der beiden großen Rivalen aufeinander losgingen – das war für die Meinungsbildner sicherlich nicht erfreulich. Aber für die Heimatländer der Demokratie stand bei diesem "Beinahe-Völkermord" viel mehr auf dem Spiel: "Washington fürchtet, dass Kenia, in das jährlich 1,5 Mrd. Dollar aus den USA fließen, ins Chaos abgleitet. Wegen der in den Nachbarländern Somalia und Sudan aktiven islamistischen Gruppen müsse Kenia jedoch ein ‚Pfeiler im Kampf gegen den internationalen Terrorismus‘ sein." (HB, 7.1.) Außerdem "sei die unsichere Lage langfristig eine ‚Bedrohung für Investitionen in der ganzen Region‘..." (SZ, 22.1.) Dass in Kenia Hunderte getötet und Hunderttausende vertrieben werden, interessiert also in erster Linie in Bezug auf die Leistung, die das Land im weltweiten Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen den "internationalen Terrorismus" zu erbringen hat: Da muss sich Kenia als "Pfeiler" bewähren. Diese Funktion ist jetzt gefährdet. Ebenso wie alle möglichen schönen Gelegenheiten zum Geldverdienen, die sich für die internationale Geschäftswelt gerade in letzter Zeit zunehmend ergeben haben. Die politisch-militärische wie die wirtschaftliche Benutzbarkeit Kenias – das sind also die Werte, die auf dem Spiel stehen, wenn sich auf dem Schwarzen Kontinent wieder einmal eine Gewaltorgie abspielt. Und wer da meint, das gehe ihn alles nichts an, wird schnell eines Besseren belehrt: Das wäre "unklug,

weil es die westlichen Länder zu spüren bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse in Afrika nicht bessern. Da muss man nur an die Flüchtlinge in Ceuta und Lampedusa denken. Unklug wäre es auch, weil Afrika als Wirtschaftspartner immer wichtiger wird. Chinesen und Inder sichern sich längst Abbaukonzessionen für wertvolle Rohstoffe und verkaufen den Afrikanern Mobiltelefone und Textilien." (SZ, 31.12.07) Aus dieser Perspektive verbietet es sich also, bei neuesten Nachrichten über *die da unten, die nichts Besseres zu tun haben, als aufeinander loszugehen*, desinteressiert abzuwinken. Wenn das so weitergeht, werden wir nämlich bald nicht mehr wissen, wohin mit all den Flüchtlingen, und außerdem würde Nichteinmischung unsere Arbeitsplätze gefährden, weil die üblichen Verdächtigen die Geschäfte mit Afrika machen würden, die eigentlich "uns" zustehen.

Aus den Schlächtereien in Kenia folgt eine unabweisbare Pflicht der USA und der Europäer, sich einzumischen; schlicht deswegen, weil sie mit ihrem "Krieg gegen den Terror" und als Wirtschafts"partner" schon längst eingemischt sind und das Feld auf keinen Fall konkurrierenden Interessenten überlassen dürfen: So offensiv rechtfertigt nicht nur, sondern *fordert* unsere Öffentlichkeit geradezu eine Politik, die man früher einmal selbst in bürgerlichen Politologen- und Historikerkreisen *Imperialismus* zu nennen pflegte. Aber selbstverständlich geht es nie bloß um unsere eigenen Interessen: Unsere freiheitlichen Meinungsbildner wollen nur das Beste *für Afrika*. Was für den Kontinent und seinen Bewohner nützt, weiß nämlich niemand so gut wie die einschlägigen Experten in unseren Redaktionen. Die Afrikaexpertin der Süddeutschen Zeitung interpretiert die Ereignisse in Kenia vor allem als eine

Niederlage für die "Demokratisierung" Afrikas: "Mit der dilettantischen Wahl verspielt Kenia seinen Ruf als afrikanisches Vorzeigeland. Das allein wäre schon traurig genug. Das verheerende Signal belastet aber die Demokratisierungsbemühungen auf dem ganzen Kontinent." Dabei wäre eine ordentliche Wahl "umso wichtiger gewesen, nachdem schon das westafrikanische Musterland Nigeria bei den Wahlen im Frühling kläglich versagt hatte." (ebd.) Für diese Expertin hatte Kenia also bis Weihnachten noch einen guten Ruf – als Land, das irgendwie ihrem politischen Geschmack ziemlich gut entsprach. Zwar herrschte und herrscht in Kenia ein wüstes Elend, aber mit ihrer guten Meinung stand die Expertin nicht allein. Einen halben Monat lang vermittelte ein Heer von Sachkennern, ganz anschaulich auch im deutschen Fernsehen, das Bild einer Nation, deren Bürger vor allem damit beschäftigt sind, sich auf eine freie Wahl mit einer echten Alternative zu freuen. Kenia war drauf und dran, womöglich sogar einen Personalwechsel an der Staatsspitze per Abstimmung hinzukriegen – dann *mussten* die Verhältnisse dort ganz einfach in Ordnung sein! Ob außer zwei Aspiranten auf die Macht im Staat sonst noch was zur Abstimmung stand; ob die Kenianer sich von einem Wahlsieger Odinga überhaupt etwas anderes versprechen durften als einen Personalwechsel; ob die Präsidentenwahl auch nur irgendetwas mit den elenden Lebensverhältnissen zu tun hatte: Das war bis zum Wahltag entweder überhaupt kein Thema, oder man wurde ganz abgeklärt auch noch darüber aufgeklärt, dass der eventuelle Neue auch nicht besser ist als der alte. Dem guten Ruf der kenianischen Demokratie schadete aber auch diese Auskunft einstweilen nicht wirklich: Dass überhaupt ein friedlicher Machtwechsel

möglich erschien, war aus demokratischer Sicht das entscheidende Gütesiegel für die Nation; daneben durfte man einmal vergessen, für welche verheerenden Verhältnisse im Land bisher schon und weiterhin die Staatsmacht geradesteht. Man war so frei, von allem Elend abzusehen, wenn es um die *Form der Ermächtigung* konkurrierender Mitglieder der nationalen Politikerkaste ging. Aber am Wahltag ist man enttäuscht. Es kommt zu hässlichen Szenen zwischen den zwei Konkurrenten um die Staatsmacht, und die Wahl bleibt ihre entscheidende Leistung schuldig: Weder will die Bestätigung des alten Präsidenten klappen, noch die Einsetzung eines neuen. Aus der Sicht unserer Öffentlichkeit spricht das gegen *beide*. Schlecht ist dieser Wahlausgang tatsächlich für die *Stabilität der Macht*, auf die die imperialistische Außenwelt Anspruch erhebt. In der idealistisch verfremdeten Sicht der Meinungsbildner stellt sich das jedoch so dar, dass die Konkurrenten dem großen Wert "*Demokratie*" Schaden zugefügt haben. Sie haben den Auftrag nicht erfüllt, beispielhaft den Staaten und Völkern Afrikas das Verfahren der Machtzuteilung beizubringen, das man keineswegs nur in Münchner Redaktionsstuben für *das* alles entscheidende Qualitätsmerkmal politischer Herrschaft hält; für den höchsten Wert, der weit über

allen Notwendigkeiten des materiellen Überlebens[*] rangiert. Das kann man nicht auf sich beruhen lassen – und so bekennen sich die Demokratiefanatiker in den Redaktionsstuben schließlich noch zum imperialistischen Gehalt ihres Demokratiefanatismus. Demokratie in Afrika ist von Haus aus eine *überwachte*, eine, um die *die Außenwelt* sich zu kümmern hat, "*die Weltgemeinschaft*", die in dem Fall selbstverständlich nicht aus Indien, Liechtenstein oder Venezuela besteht. Der Witz dabei ist bloß der: Dass die

Oberhoheit über Afrikas Demokratien bei den Imperialisten der "Ersten Welt" liegt, sehen die Machthaber vor Ort auf ihre Art ganz genauso. Die *kalkulieren* ganz nüchtern damit, dass die Anerkennung ihrer Herrschaft durchs mächtige Ausland für ihre Macht im Land wie für ihren Status in der Völkerfamilie allemal viel wichtiger ist als ein demokratisch astreines Votum ihres Wahlvolks. Und dass *die* so berechnend zu Werk gehen und die imperialistische Welt *dabei* mitspielt, *das* findet der Kommentator überhaupt nicht gut: "*In Afrika, so haben es etliche der dortigen Machthaber gelernt, ist es egal, wie Wahlergebnisse zustande kommen, Hauptsache, sie werden international anerkannt. [...] Kibaki hat nur das gemacht, was viele andere afrikanische Machthaber auch schon gemacht haben. Und die Gratulation aus Washington erfolgte prompt.*" (SZ, 2.1.) Ganz eindeutig verletzt "der Westen" also seine Aufsichtspflicht, wenn er sein alles entscheidendes "Wohlwollen" so verteilt, dass verkehrte Potentaten mit ihren Berechnungen dabei auf ihre Kosten kommen. Odinga hingegen – das steht fest, seit er zusammen mit Kibaki der "Demokratisierung Afrikas" Schaden zugefügt hat – ist aber auch kein braves Opfer und schon gar keine pflegeleichte Alternativ-Marionette, sondern "*für seinen Machtwillen berüchtigt*"; und, was die Sache erst recht unhandlich macht, schon viel zu mächtig und zu eigenmächtig: "*Als Anführer einer der größten Volksgruppen Kenias hat er es in der Hand, die Situation eskalieren zu lassen.*" (ebd.) Deswegen muss schleunigst klargestellt werden: In Afrika eskaliert nur einer, und das ist der demokratische Westen. Deswegen kann das kenianische Volk sich zum Anführer wählen, wen es will: Die Fähigkeit zur Eskalation gehört dem Mann aus der Hand geschlagen – im Interesse der Demo-

kratisierung, versteht sich: "*Jede westliche Regierung, die es mit der Demokratisierung Afrikas wirklich ernst meint, ist gefordert, alle Mittel einzusetzen, um zur Deeskalation beizutragen. Und dazu gehört auch, eine mächtige Drohkulisse aufzubauen, und zwar sowohl für Kibaki als auch für Odinga.*" (ebd.) Denn – damit am Ende noch der Dummste merkt, was mit "Demokratisierung" gemeint ist –: "*Noch ein Krisenherd in Ostafrika widerspricht allen internationalen Interessen.*" (ebd.) Ganz so eindeutig ist die internationale Interessenlage fürs Erste dann doch nicht, dass deren Inhaber und Sachwalter sich den Aufwand zumuten würden, tatsächlich für eine "*Drohkulisse*" zu sorgen, die die rivalisierenden Machthaber prompt und unerbittlich in ihre Rolle als Marionetten freiheitlich-demokratischer Drahtzieher einweisen würde. Ein ausgedienter UNO-Generalsekretär, Kofi Annan, tut's vorerst auch. Der ringt – Masseneleid hin, Schlächtereien zwischen Volksgruppen her – um eine *große Koalition* der beiden feindlichen Brüder im Kampf um Macht und Reichtum Kenias. Wie man so etwas macht, das – so Annans schlauer Einfall – können Afrikas politisierte Stammesfürsten am besten von dort lernen, wo es so etwas schon gibt: *von Berlin*. Also wird Staatsminister Erler aus Germany eingeflogen, "*heimlich*", damit er den Streitähnen Kibaki und Odinga erklärt, "*wie die komplizierte Arithmetik der Macht in Deutschland funktioniert und wie man so etwas aushandeln könne*" (SZ, 15.2.) – kurz: wie Deutschlands Häuptlinge sich Macht und Pfründe einvernehmlich zu teilen wissen. Wenn die beiden Konkurrenten um die Macht sich diese Ratschläge hinter die Ohren schreiben, dann wird Kenia sicher schnell wieder zum "afrikanischen Vorzeigeland".

Die EU bietet den AKP-Staaten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen an:

Der so genannte "Abbau der Armut" in Afrika, der Karibik und im Pazifik geht mittels guter Geschäfte für die EU in die nächste Runde

Die EU hat in jahrzehntelanger Arbeit 78 afrikanische, karibische und pazifische (AKP-)Staaten auf sich verpflichtet, indem sie ihnen in vier Lomé- und dem Cotonou-Abkommen (2000) eine "Asymmetrie" in den Handelsbeziehungen einräumte ("Handelspräferenzen"), d. h. die Einfuhrzölle auf Güter aus diesen Staaten senkte, ohne ihrerseits Zollsenkungen zu verlangen. Durch den

"privilegierten" Handel (SZ, 18.6.07), der diesen Staaten damit eröffnet wurde, ist die "Asymmetrie" in der Reichtumsverteilung nur fortgeschrieben worden: "*Die EU ist die wichtigste Handelspartnerin der AKP-Staaten. Für die Entwicklungsländer macht das Volumen von 55 Milliarden Euro fast ein Drittel ihres Außenhandels aus. Für die EU ist der Handel mit den AKP-Ländern dagegen*

marginal". (ebd.) Die Zahlen sagen es: Zu Reichtum sind die AKP-Staaten darüber nicht gekommen. Wie soll es auch anders sein: Diese Staaten verkaufen Rohstoffe – der Erlös für diese "natürlichen Reichtümer" ist gänzlich abhängig von Konjunktur und Nachfrage der Länder, die die weltweit gültigen Rentabilitätsmaßstäbe setzen. Alle Versuche, diese "Reichtümer" in nationaler Regie weiterzu-

verarbeiten und in Konkurrenz zu den auf dem Weltmarkt schon existenten Produkten zu treten, scheitern an eben diesen Rentabilitätsmaßstäben, denen die "Entwicklungsländer" nacheifern und zu denen sie doch nie aufschließen. So kommt es zu dem Resultat, dass sich bei ihnen nicht nur ein "geringes Ausmaß an weiterverarbeiteten Produkten unter ihren Exportprodukten" findet; in dem Maße, wie solche Länder diesen ihren einzigen "Reichtum" auf den Markt werfen, sorgen sie – auch in Konkurrenz untereinander – für ein Überangebot, das genau den Preisverfall nach sich zieht, der sie wiederum dazu nötigt, mehr davon auf den Markt zu werfen. Mit ihren "Handelspräferenzen" hat die EU diese Rohstoffe in zunehmender Masse und Billigkeit auf sich gelenkt. 78 Staaten hat die EU so zu ihrem *Rohstoffhinterhof* gemacht: sie bezieht kostengünstig Rohstoffe, die das Kapital als billige Vorprodukte in der Produktion im Standort Europa nutzt. Außerdem sind die billigen Rohstoffe, sofern Lebensmittel, auch für die Verbilligung des Lebensunterhalts der von diesen Kapitalen Beschäftigten von Nutzen, senken also den zu zahlenden Lohn. Darüber hinaus sichert sich die EU über die ökonomische Abhängigkeit der AKP-Länder auch politischen Einfluss auf sie. Nun will die EU mit den AKP-Staaten

Kapital – so soll die vormalige asymmetrische Partnerschaft durch eine angeblich gleichrangige ersetzt werden. Die EU macht sich nichts vor, was die mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – englisch: Economic Partnership Agreements, abgekürzt: EPAs – angekündigte "Marktöffnung" bei den AKP-Staaten bewirkt. Sie drückt das als *deren "Befürchtungen"* aus: *"Einige Länder fürchten wegen der Handelsliberalisierung Verluste bei ihren Staatseinnahmen, die in manchen Ländern zu einem großen Teil aus Zolleinnahmen bestehen."* Wenn ein Staat hauptsächlich von Zolleinnahmen lebt, dann heißt das umgekehrt nur, dass es ein nennenswertes Wirtschaftsleben nicht gibt, aus dem der Staat Steuern beziehen könnte. Fallen mit dem Wegfall der Marktbeschränkungen auch noch die Zolleinnahmen weg, die sowieso nicht berauschend hoch sind, so steht der Staatshaushalt ziemlich trocken da. Das weiß die EU ganz genau und sie lässt ihre "Partner"staaten auch nicht in dieser Klemme sitzen, sondern geht das Problem mit eben diesen neuen Wirtschaftsabkommen an. Klar, "Marktöffnung" muss sein und der sich daraus ergebende Schaden auch, aber die EPAs enthalten auch "Lösungen" – die EU bezeichnet dies als den zentralen Bestandteil der neuen Abkommen –, mit denen dem Schaden beizukommen ist: mit einer *"Verzahnung von Handels- und Entwicklungspolitik"*. Es wäre naiv anzunehmen, aus den Etats der EU-Entwicklungsministerien könnten doch die entfallenden Zolleinnahmen zumindest zum Teil ersetzt werden oder die dort eingestellten Gelder würden nun sogar erst recht für den Aufbau einer "weiterverarbeitenden Produktion" eingesetzt – "nachhaltige" Entwicklungspolitik geht ganz anders. Eine solche mit der Handelspolitik "verzahnte" Entwicklungspolitik ist dafür da, *"den Liberalisierungsprozess flankierend zu begleiten"*, und sie geht der Sache endlich auf den Grund, wenn sie nämlich die Staaten dazu *befähigt, sich selbst* auf Vordermann zu bringen. Den Staaten mangelt es an einer *funktionierenden Ökonomie* im Innern, die ihnen Steuereinnahmen einspielen könnte, doch die freundlichen Experten aus der EU stellen fest: Es fehlt dort in Wahrheit an korrekten *Methoden der Staatsführung*, an *"leistungsfähigen Institutionen"*, in diesem Fall an einem anständigen Besteuerungssystem. Für sich betrachtet ist das zwar ein schlechter Witz – es gibt nichts zu Besteuern, also – so der messerscharfe Schluss – soll das Besteuerungssystem fehlen, aber durch ein ausgefeiltes Besteuerungssystem soll

daraus eine Einkommensquelle werden, die dann eine "langfristige wirtschaftliche Entwicklung" und "nachhaltige Staatseinnahmen" ermöglichen soll. Aber die Absicht dieser verlogenen Darstellung ist klar: Alles, was in diesen Staaten schief läuft, ist *deren Versagen*. Nicht ihre Eingemeindung in den Weltmarkt und die Ansprüche der Herrschaftsstaaten ruinieren ihre ökonomische Basis oder lassen sie gar nicht erst entstehen, sondern ihre *selbstverschuldete staatliche Unmündigkeit* hindert sie daran, die ökonomischen Voraussetzungen zu schaffen, die sie bräuchten. Die EU bezichtigt sich selbst, mit ihren "Handelspräferenzen" zur Fortdauer dieser Unmündigkeit beigetragen zu haben, um die Notwendigkeit der Wende zu unterstreichen, die nun ansteht. Die durch die neuen Abkommen angestrebte "Verzahnung von Handels- und Entwicklungspolitik" bietet die *Chance*, unter Anleitung von EU-Experten in Sachen Handels- und Entwicklungspolitik die längst fälligen *"Reformprozesse anzustoßen"*, die es dann angeblich schaffen, *"nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten"*. Das ist einerseits nichts anderes als der alte Kalauer vom "guten Regieren", das die Herren des Weltmarkts bei den Staaten der 3. Welt oftmals so schmerzlich vermissen. Dass es sich dabei andererseits immer schon um mehr als eine Schuldzuweisung handelt, macht die EU mit ihrer Vorschau auf den "EPA-Umsetzungsprozess" deutlich. Das im Zusammenhang mit den EPAs extra geforderte "gute Regieren" wird sie nicht den ansässigen Staatsgewalten überlassen, und ihre Entwicklungsexperten sind auch nicht bloß als Berater vor Ort: *"Die entwicklungspolitischen Wirkungen der EPAs werden sich erst im Laufe der Umsetzung der Abkommen einstellen und sind schwierig umfassend abzuschätzen."* Das führt zu "Unwägbarkeiten", denen die EU – die Funktionalität des Hinterhofs soll schließlich gewährleistet bleiben – nicht einfach zusehen wird: *"Wir wollen Monitoring-Instrumente fördern, damit die Wirkungen der eingeleiteten Reform- und Liberalisierungsprozesse beobachtet werden können."* "Review" und "Monitoring" – das sind die Instrumente der *Aufsicht und Kontrolle*, mit denen die EU ein Stück mehr *ihre* Regierungsgewalt in den AKP-Staaten implantiert. Gegen diese neuen Abkommen treten die Globalisierungsgegner an, von Attac bis WEED. Jede weitere "Liberalisierung" werde das Elend in den AKP-Staaten nur schlimmer machen, so behaupten sie. Die AKP-Freunde haben nichts gegen die Zuständigkeit der EU für diese Staaten –

Konrad Hecker
DER FASCHISMUS
und seine
demokratische
Bewältigung
Gegenstandspunkt
Verlag

Augustenstraße 24,
 80333 München
 Tel 089-2721604

Din A 5, 354 Seiten
 ISBN 3-929211-02-5

neue Abkommen aushandeln. Die neue "Partnerschaft" soll so aussehen, dass die AKP-Staaten nun auch ihrerseits "die Märkte öffnen", und zwar für europäische Exportwaren wie für investitionsberechtigtes

allerdings dichten sie der gerne eine Pflicht zur Hilfe an. Schließlich unterhält die EU 27 Entwicklungshilfe-Ministerien und eine einschlägige Gemeinschaftsinstanz in Brüssel und sie hat mit ihrer "asymmetrischen" Politik der "Handelspräferenzen" praktisch die Einsicht bewiesen, dass die Entwicklungsländer eine Art Ausgleich für die "Benachteiligungen" brauchen, mit denen sie beim Eintritt in den "internationalen Handel" geplagt sind. Obwohl die EU die Armut damit keineswegs abgeschafft, sondern "immens vergrößert" hat, halten die Globalisierungsgegner der EU beste Absichten zu Gute und warnen vor der drohenden Abschaffung der guten alten "Asymmetrie". Die EU verstoße gegen die angeblichen Ziele ihrer AKP-Politik, weil "transnationale Konzerne" das Kommando über die EU-Entwicklungspolitik an sich gerissen und ihren "neoliberalen Wahn" durchgesetzt hätten. Auf die Idee, dass es den AKP-Staaten eben

mit und wegen der "Handelspräferenzen", wegen der dadurch gewährleisteten Anbindung an die und Funktionalisierung für die EU so schlecht geht, dass die EU mit der "Liberalisierung" ihre Politik des Unterordnens und Ausschlachtens nur konsequent fortsetzt und das natürlich wie immer mit dem schönen Schein der "Entwicklungshilfe" ummantelt, kommen diese Leute also nicht. Stattdessen appellieren sie nachdrücklich an die EU-Instanzen, wieder auf den rechten Weg zurückzukehren. Mehr als eine moralische Anklage, die das Interesse und die Rücksichtslosigkeit der EU-Staaten immer nur als Verstoß wahrnehmen will, nämlich gegen das gute Bild, das man sich von ihr macht bzw. von ihr übernimmt, kommt so nicht zustande – und die Tücken dieser Moral zeigen sich, wenn auf Gerechtigkeit ge-drungen wird: *"Europa hat seine regionale Integration bewerkstelligt, indem es seinen regionalen Markt schützte und förderte*

und indem es seine industriellen und agrarischen Produzenten dabei unterstützte, wettbewerbs-fähig zu werden. Doch genau solche Maßnahmen werden den AKP-Staaten untersagt. Man verlangt von ihnen, ihre regionalen Märkte der EU zu öffnen, bevor ihre Produzenten und regionalen Märkte reifen konnten." Das ist keine Absage an die Konkurrenz, sondern ein Plädoyer für – verbesserte – Konkurrenzbedingungen: Auch die Globalisierungsgegner können und wollen sich keinen anderen Werdegang für die von ihnen bemitleideten Staaten vorstellen als Mitmachen auf dem und Wettbewerbsfähigkeit für den Weltmarkt. Dann sollten sie sich aber auch nicht über "Handelsliberalisierungen" beschweren: Das sind eben die Konkurrenzbedingungen, die diejenigen durchsetzen können, denen der Erfolg in der Konkurrenz Recht gibt.

Die jährliche Veröffentlichung der weltweiten Rüstungsausgaben löst humanistische Reflexe aus:

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehre!

Unter dem Titel: "Die Welt rüstet auf!" berichtet die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung von der aktuellen Statistik über die absolute Summe und nationale Verteilung der globalen Rüstungsausgaben – sie haben die Grenze von einer Billiarde Dollar überschritten. Gigantische Summen und immer mehr wird von Staaten für Kriegsgerät ausgegeben. Diesem Übel widmet das Blatt einen Kommentar. *"2006 war kein gutes Jahr für den Frieden. Statt friedlicher wird die Welt brutaler. Was nützt es, darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern? Dass pro Jahr 80 Dollar genügen würden, einer Familie das Überleben zu sichern – ein Klacks im Vergleich zu den Rüstungsausgaben. Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen. In 25 der 40 am wenigsten entwickelten Länder kam es im letzten Jahr zu gewaltsamen Konflikten. Es gibt kein Patentrezept für Frieden, doch wer Gewalt stoppen will, muss Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren. Gefragt sind Ideen und Geld. 2007 – ein gutes Jahr für den Frieden?"* Apropos Rüstung, da fällt dem Autor doch gleich der Hunger in der Welt ein, den man mit den vielen schönen Rüstungsmilliarden stillen könnte. Und sogar billiger wär's. Wie bitte? Mit den

1000 Milliarden könnte man mehr Hunger stillen als Kriege führen? Was ist denn das für ein Vergleich! Da berichtet die Statistik von laufend steigenden Rüstungsausgaben – und dem Kommentator fällt der Hunger ein. Dass Rüstung *Staaten* bestellen, die dafür ihre guten Gründe wissen und Armutsbekämpfung überhaupt kein Zweck von keinem Staat, kümmert den Zeitungsschreiber nicht. Er meint den Vergleich Rüstungsausgaben/Armutsbekämpfung bierernst. Er bezieht den globalen Rüstungsaufwand und die unterlassene Bekämpfung der Armut gleichermaßen auf das Ziel des edlen Friedens und vergleicht die Kriegsvorbereitung als ein schlechtes Mittel, ihn zu sichern, mit der Armutsbekämpfung als nicht nur netteres, sondern vor allem weitsichtigeres Mittel für denselben Zweck. Denn *"Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen"*. Den Zusammenhang von Gewalt und Armut kennt er nur verkehrt herum: Bei ihm machen nicht Rüstung und Krieg die betroffene Bevölkerung arm, sondern es ist die Armut der Armen, die Krieg verursacht; was aus dem Faktum von bewaffneten Konflikten in wenig entwickelten Staaten offenbar überzeugend hervorgeht. Der kleine Zynismus, dass unser Humanist die Ernährung der

Armen vor allem als ein Mittel empfiehlt, die Sicherheitsbedrohung zu entschärfen, die sie darstellen, fällt schon kaum mehr ins Gewicht, angesichts dessen, dass er auch noch Täter und Opfer der Kriege in den armen Ländern verwechselt: Vermutlich wird ihm bekannt sein, dass die Waffen, die da zum Einsatz kommen, nicht gerade von denen gekauft werden, die sich nicht einmal Nahrungsmittel kaufen können; geschweige denn, dass sie in deren Interesse zum Einsatz kämen. Aber ein Menschfreund, der einer aufrüstenden Staatenwelt den Hunger als Kriegsgrund und die Hungerhilfe als Sicherheitspolitik ans Herz legen will, darf einfach nicht unterscheiden zwischen den Elenden in den kaputten Ländern des Südens und den Warlords, die dort Krieg und Bürgerkrieg um die letzten Reichtumsquellen führen. Aus demselben Grund fallen ihm gerade diese Art Konflikte ein, wenn er auf die Liste der globalen Rüstungsausgaben blickt. Aus dieser Liste folgt das nämlich nicht; in ihr rangieren die *"am wenigsten entwickelten Ländern"* ganz weit hinten. Eine Handvoll mächtiger Staaten führt mit weitem Abstand nicht nur bei Waffenproduktion und Waffenhandel, sondern auch beim Einsatz des Tötungsgeräts. Die größten Militärmächte und die größten Kriege der

Gegenwart fallen dem Rüstungskritiker einfach nicht ein. Sie geben nichts her für seine frohe Botschaft von der Friedenspolitik per Armutsbekämpfung. Deshalb wohl erscheinen sie ihm vernachlässigbar. Aber auch, weil er Aufbau und Einsatz der Kriegsmittel der Großmächte als notwendige Sicherheitspolitik durchgehen lässt, die es, schlimm wie die Welt ist, auf der Seite verantwortungsbewusster großer Staaten nun einmal braucht. Kritisch wird er nicht gegen deren himmelhoch überlegenen Gewaltapparat, sondern erst, wenn er einen verantwortlichen Umgang damit vermisst. Tatsächlich, auch die weltgrößten Waffenproduzenten und Besitzer laden Schuld auf sich; dann nämlich, wenn sie ihre potenten Geräte nicht für sich behalten, sondern in die armen Länder exportieren, wo sie Unheil anrichten und Kriegsparteien ausstatten, für deren Sicherheitsinteressen der Mann von der Westdeutschen nun überhaupt keinen guten Grund gelten lässt. So

spricht er ausgerechnet die großen Militärmächte und Waffenexportnationen als die berufenen Hoffnungsträger für Kriegsopfer und Arme in der Dritten Welt an; jedenfalls könnten/sollten/müssten sie das sein: Es wäre an den reichen, die Welt beherrschenden Großmächten, die *"Gewalt zu stoppen"*, indem sie *"Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren"*. In ihren Rüstungshaushalten hätten sie die Geldmittel dafür, und ihr Monopol an Waffentechnologien aller Art könnten sie zum Guten verwenden, indem sie den minderbemittelten Elendsregenten das Schießgerät vorenthalten. Bekanntlich denken die Großmächte, an denen die Welt genesen könnte, nicht daran, die edle Mission zu erfüllen. Dem könnte unser Kommentator ja entnehmen, dass sie andere Zwecke haben und ihr Einfluss auf die Welt anderen Aufträgen genügt, als er ihnen erteilen möchte. Tatsächlich täuscht er sich da gar nicht. Er fragt rhetorisch: *"Was nützt es ...?"*, konstatiert also, dass

kein Schwein auf ihn hört. Und dass 2007 *"ein gutes Jahr für den Frieden"* wird, mag er selbst nicht glauben. Dennoch lässt er nicht davon ab, seinem Staat und anderen Mächten das Weltverbessern als den *eigentlichen Auftrag* ins Stammbuch zu schreiben, an dem *sie* sich verfehlen. Ein Übergang zu einer objektiven Ermittlung von Zwecken und Mitteln der bewaffneten Weltpolitik ist das letzte, wozu der Humanist aus der Zeitungsredaktion zu gewinnen wäre. Noch einmal: *"Was nützt es"*, angesichts von einer Billiarde Dollar für Waffen *"darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern?"* Das eben! In der Form, dass der Kommentator Klage darüber führt, dass er selbst kaum mehr an die guten Absichten seiner Regierung glauben kann, hält er diesen Glauben in Kurs. Zum jährlichen Bericht über die Aufwendungen für Tötungstechnologie gehört eben einer, der mahnt, das Gute nicht zu vergessen.

Unter Geiern

"Einem nackten Mann kann man nichts aus der Tasche ziehen!" Für Taschendiebe mag das stimmen, für das internationale Finanzkapital nicht. Mit der Kreation von Finanzprodukten bewerkstelligt es genau das mit gutem Erfolg:

1. Wie "Geier-Fonds" an überschuldeten Entwicklungsländern verdienen

Sogenannte Geier-Fonds holen beachtliche Renditen aus ruinierten Drittwelt-Staaten, mit folgender Geschäftsidee: *"Sie kaufen alte Schuldtitel von Entwicklungsländern auf, die praktisch nicht mehr zahlungsfähig sind. Dafür zahlen sie weit weniger als den ursprünglichen Wert."* ("Albtraum der Armen" in: Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2007) Die Fondsgesellschaften engagieren dann *"hochbezahlte Rechtsanwaltskanzleien"*, deren *"trickreiche Juristen (...)* gegenüber den betroffenen Staaten hohe Forderungen über Schuldentrückzahlungen einschließlich Zins und Zinseszins" vor Gericht durchsetzen. Im Ergebnis ein höchst profitables Geschäft für diese Fondsgesellschaften: So *"verdiente [einer dieser Fonds] an Schulden des zentral-afrikanischen Staates Republik Kongo, die er zum Schnäppchenpreis von zehn Millionen Dollar erworben hatte. In einer Klage forderte der Spekulant 400 Millionen Dollar – am Ende gab es immerhin noch 127 Millionen Dollar."* (ebda.) Eine gutes Geschäft also, Fondsbetreiber und -anleger sind hoch zufrieden. Weniger zufrieden

sind kritische Dritte-Welt-Aktivistinnen, die von den Wirtschaftsjournalisten der SZ zu-stimmend referiert werden. Die halten *diese* Art der Kapitalvermehrung für moralisch höchst verurteilenswerte *"Leichenfledderei"*: *"Den ärmsten der armen Entwicklungsländern wird der letzte Euro oder Dollar abgepresst."* (ebda.) Und das soll was Neues sein? Warum verkaufen denn die Gläubiger diese Schuldtitel an diese Geier-Fonds? Weil sie *uneinbringlich* sind – was aber nicht bedeutet, dass sie nicht *ertragreich* gewesen wären. Getaugt haben sie dafür, das so ziemlich einzige Geschäft mit Krediten zu finanzieren, für das diese Schuldnerstaaten interessant waren und mit dem sie sich überhaupt am Weltmarkt beteiligen konnten: die Ausbeutung und den Verkauf ihrer Rohstoffe. Den *Kreditnehmern*, also den Schuldnerstaaten, hat das nur einen unaufhaltsamen Ruin eingetragen, weswegen sie mittlerweile in der Staatenkategorie der "Gescheiterten Staaten" (failed states) oder der "hoch verschuldeten armen Länder" (HIPC = Highly Indebted Poor Countries) rangieren. Den *Kreditgebern* hat das einerseits einen steten Strom an billigen und immer billiger werdenden Rohstoffen eingetragen, andererseits eine ständige Bedienung ihrer

Kredite aus den Exporterlösen der Schuldnerstaaten. Diese Kredite waren nicht auf Rückzahlung berechnet, vielmehr – das ist die berühmte "Schuldenfalle" – waren sie nur die kreditmäßige Sicherstellung des Rohstoffabtransports und haben sich über den kontinuierlichen Zinsfluss an die Kreditgeber schon längst mehr als amortisiert. Der Versuch früher einmal "Entwicklungsländer" genannter Staaten, mit geliehenem Geld ein Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen, ist gescheitert, und der Zwang, die Auslandsschulden zu bedienen, hat zu immer neuer Kreditaufnahme geführt und diese Staaten zahlungsunfähig gemacht. Daran änderte sich auch nichts durch die sog. "Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungs-Fonds, die für Umschuldungen und neue Kredite Privatisierung und Sparmaßnahmen vor allem im sozialen Bereich erzwingen, um den Schuldendienst doch noch möglich zu machen. Da sich nichts mehr aus den Schuldnerstaaten herauspressen lässt, schreiben die Gläubiger einen Teil des Schuldenbergs als uneinbringlich ab. Zu schön, dass sich dann noch ein Teil dieser Schulden an die Geier-Fonds verkaufen lässt. Dass es denen gelingt, diese *"ärmsten der armen"* Länder so unter Druck zu

setzen, dass sie doch noch Zahlungsmittel auftreiben, trägt ihnen Kritik ein; und zwar nicht nur von Hilfsorganisationen, die zwischen der Zahlungsunfähigkeit eines Staates und der Armut seiner Bevölkerung keinen Unterschied machen wollen, sondern auch aus gewichtigem Munde: *"Solch ein Vorgehen nutzt den Schuldenerlass anderer Gläubiger aus und lenkt damit Mittel von der Armutsbekämpfung in dem Schuldnerstaat ab", kritisierte der Pariser Club.*" (managermagazin.de 30.05.2007) Die *"großen Industrieländer"* des Pariser Clubs haben den *"hoch verschuldeten armen Ländern"* einen Teil ihrer Schulden erlassen – und das mit dem Auftrag der *"Armutsbekämpfung"* verbunden. Getan wird so, als käme das Geld dafür aus dem Schuldenerlass. Aber wie soll denn da was "frei" werden, wenn die Schulden sowieso nicht mehr bezahlt werden konnten? Schließlich wurden sie ja deswegen erlassen. Dieser Schuldenerlass ist *erstens* ein abschließendes – und vernichtendes – Urteil über diese Länder: Sie haben jegliche Kreditwürdigkeit verloren. Deswegen werden sie aber – *zweitens* – nicht aus der Kontrolle entlassen: Ein Mindestmaß an Elendsverwaltung, damit die Hungerleider nicht die Küsten der reichen Länder unsicher machen, sondern da bleiben, wo sie sind, dort still vor sich hin (ver)hungern und keine politischen "Wirren" anzetteln – das soll schon sein. *Dafür* gibt's Geldgeschenke ("donations") und vielleicht den einen oder anderen Kredit, die dann aber ganz für diese "Armutsbekämpfung" und nicht mehr für irgendeine "Entwicklung" eingesetzt werden sollen. Dabei stört das Geschäft der Geier-Fonds: Wenn die die Leichen völlig marktwirtschafts- und rechtskonform gefleddert haben, dann bleibt für die Mitglieder des Pariser Clubs und für Weltbank und IWF womöglich keine Instanz mehr übrig, die sich noch beaufsichtigen ließe. Also werden "außenstehende" Gläubiger – in der Regel Staaten wie Rumänien oder Bulgarien, um deren Zahlungsbilanz es seit der Abschaffung ihres Sozialismus selber nicht mehr

gut bestellt ist – aufgefordert, den Verkauf von Schuldtiteln aus ihrer realsozialistischen Vergangenheit gefälligst bleiben zu lassen, und die Geier-Fonds an den Pranger gestellt. Mehr passiert nicht, das aber im Namen der "Armen". Da können die sich aber freuen!

2. Mit gutem Gewissen an der Armutsbekämpfung (mit)verdienen

Auch gute Menschen brauchen auf satte Renditen nicht zu verzichten. "Geld anlegen und sich dabei gut fühlen", das ist möglich, vermeldet die Stuttgarter Zeitung, und es ist ganz einfach: *"Ein neues Investmentgesetz erlaubt es der deutschen Finanzbranche, neben klassischen Aktien- und Rentenfonds künftig auch Mikrokreditfonds aufzulegen und zu vertreiben. [...] Künftig sollen alle Sparer beim Anlagenthema Kleinstkredite bedenkenlos zugreifen können."* (Stuttgarter Zeitung v. 10.11.07) Mohammad Junus, Bankier und Friedensnobelpreisträger, hat es vorgebracht und jeder Sparer kann es ihm nachmachen, dank der Findigkeit der Finanzbranche und der deutschen Gesetzgebung: Man kann Geld verdienen am absoluten Elend und sich dabei eines guten Images erfreuen, nach außen und nach innen. Das geht so: Weltweit gibt es zahllose Arme, die nach dem erfolgreichen Siegeszug der Marktwirtschaft Geld für ihren Lebensunterhalt brauchen, aber keines haben – fürs Überleben nicht und für Arbeits- oder Produktionsmittel erst recht nicht. Lokale und zunehmend auch international agierende Banken leihen ihnen kleine und kleinste Summen als "Unternehmenskredit" und nehmen zum "Ausgleich" für das Ausfallrisiko und den Verzicht auf pfändbare Sicherheiten 2–4 % Zinsen – pro Monat(!). Den Charakter von Hilfe erhält das dadurch, dass anders Geld gar nicht oder nur zu noch viel höheren Zinsen zu bekommen ist. Ein lokaler Eintreibbedienst holt monatlich Zins und Tilgung ab und sorgt für eine Rückzahlquote von über 98 %. Ein einträgliches Geschäft also, an dem sich

der deutsche Sparer jetzt beteiligen darf: Er kann Anteile an deutschen Fonds erwerben, denen die kreditgebenden Banken die Schuldverschreibungen als ihr Geschäftsmittel verkauft haben. So sind gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- Die Ärmsten der Armen, zumindest die, die eines Mikrokredits als Startkapital für ein Kleinstunternehmen würdig befunden werden, können sich ernähren, sofern es ihnen gelingt, sich mit ihrem Geschäft gegen industriell erzeugte Importprodukte und den kämpferischen Geschäftssinn von ihresgleichen zu behaupten und dadurch so viel zu verdienen, dass *nach* der Befriedigung der Zins- und Tilgungsansprüche ihres wohlwärtigen Gläubigers für sie selbst genug übrig bleibt.

- Aus ansonsten für die Kapitalvermehrung völlig nutzlosen, weil dafür nicht gebrauchten, Hungerleidern ist ein Geschäftsmittel für Kapital, *Bankkapital* in diesem Fall, geworden.

- Die Spargroschen des kleinen Mannes in den kapitalistisch erfolgreichen Ländern fließen in Finanzprodukte der Fondsgesellschaften, die damit ihre Spekulationen machen, und den kleinen Mann, gegen Gebühr selbstverständlich, an deren Erfolg oder Misserfolg teilhaben lassen.

- Die *"deutschen Sparer"*, die solche Fondsanteile kaufen, können sich fühlen wie Friedensnobelpreisträger – im Mini-format. Während es der gute Junus zu beachtlichem Reichtum gebracht hat, "bekämpfen" sie mit der Aussicht auf eine hohe Rendite nicht nur die Armut der Drittweltbewohner, sondern auch die eigene. Nicht so furchtbar erfolgreich in beiden Fällen, aber dafür mit gutem Gewissen.

Regionale Schutzzentren für Flüchtlinge in Afrika:

Europäische Flüchtlingshilfe – durch Armutsaufbewahrung vor Ort

Im Oktober 2005 ist Europa von den Ereignissen, die sich seit Jahr und Tag an den Grenzen seiner auf marokkanischem Boden gelegenen Vorposten Ceuta und

Melilla abspielen, geschockt: *„Die unerträglichen Bilder dieser Kinder, Frauen und Männer, die im Stacheldraht hängen, abtransportiert und ohne einen Tropfen*

Wasser in der Wüste zurückgelassen sind, erinnern uns an ein Dauerdrama, das wir nicht sehen wollen.“ (Gemeinsame Erklärung der Europaminister Frankreichs,

Spaniens und Italiens, Libération. 21.10.). Was die europäischen Minister da „nicht sehen wollen“, ist ihr ureigenes Werk. Es sind eben die *Konsequenzen* der *weltweiten Konkurrenz*, an der europäische Politiker höchst interessiert sind, dass einem Großteil der Menschen in der so genannten 3. Welt nicht einmal das Nötigste zum Leben bleibt, weswegen sie massenhaft versuchen, von dort abzuweichen. Dementsprechend „unerträglich“ wurde die „Außengrenze des Schengenraums“ gestaltet, sodass mit der Höhe des Stacheldrahts auch das Risiko entsprechend hochgeschraubt wurde, sich darin blutig zu verheddern. Die Flüchtlinge sollen von dieser Sorte Grenzsicherung möglichst effektiv *abgeschreckt* werden, damit sie dort bleiben, wo sie sind.

Zu diesem Zweck hat sich die EU noch etwas Neues einfallen lassen und die Einrichtung von „*regionalen Schutzzentren*“ beschlossen für Flüchtlinge in den diversen Ländern Schwarzafrikas. Die Vorteile für die Flüchtlinge liegen auf der Hand: Statt erst langwierig und umständlich eine „Höllenfahrt“ über unsichere Gewässer bis in die Kernländer Europas zu überleben, anschließend ihren Asylantrag abschlägig beschieden zu bekommen und in Handschellen den Rückflug anzutreten, könnten sie sich gleich *vor Ort* abschieben lassen – sofern sie nicht zu den glücklichen „weniger als 1 Prozent“ gehören, denen unter den aktuell gültigen Bedingungen auch heute schon die Weiterreise in ein europäisches Land erlaubt wird. So passen einerseits das tätige Mitleid für Afrikas Arme und der aktive „Schutz“ Europas harmonisch zusammen: Ersteres ist die *verlogene Moral zum politischen Vorhaben*, Europa von Hungerleidern aus aller Welt frei zu halten. Der Grund für die Flüchtlingsströme liegt darin, dass die weltwirtschaftlich maßgeblichen Nationen ihren Geschäftsleuten die Welt geöffnet haben, indem sie die allgemeine Freiheit des Waren-, Kapital- und Personenverkehrs als *Prinzip* weltweit verbindlich gemacht haben. Bis in die hinterletzten Erdenwinkel haben sie damit Lebens- und Produktionsbedingungen der Bevölkerung den *Profitkalkulationen* ihrer Unternehmer *unterworfen* und zu *Mitteln* ihres *nationalen Wachstums* gemacht – oder sie auch für *unbrauchbar* befunden. Die Folge davon ist, dass die Leute in den Staaten, die nicht das Glück haben, zu den maßgeblichen zu gehören, sowohl wegen des *Stattfindens* als auch wegen des *Nichtstattfindens* von Geschäften verhungern, die Natur verödet und die Staatsmacht „zerfällt“. Die absehbare Folge davon sind wiederum Arme aller Art,

deren materielle Not und deren daraus resultierende Drang, in die Zentren des Weltgeschäfts zu gelangen, nicht weniger eine Leistung des globalen Kapitalismus ist. Die so ausgelösten Migrations- und Flüchtlingsströme bewegen sich nicht zufällig alle in Richtung der Länder der Ersten Welt. Denn auch das ist eine Errungenschaft des modernen, weltumspannenden Kapitalismus: Dank Fernsehen und der modernen Kommunikationsmittel und nicht zuletzt durch die Tätigkeit ausländischer Hilfsorganisationen erfahren selbst Dorfbewohner aus Zentralafrika, die bis vorgestern nichts von Europa wussten, wo ein besseres Leben möglich ist – jedenfalls im *Vergleich* zum heimischen Elend. Deswegen ist Europa zu einem bevorzugten Ziel von Zuwanderern aus der ganzen Welt geworden und genau deshalb wird eben dieses Europa immer unzufriedener damit, dass sein Grenzregime offenbar nicht wirksam genug ist, um sich die unerwünschten Armutsgestalten vom Leib zu halten. Wenn „*20.000 in Algerien auf die Gelegenheit warten, nach Marokko zu gelangen, 10.000 bereits auf dem Weg zu den beiden Enklaven sind*“, wie Le Monde am 14.10. berichtet, dann spricht das für verantwortungsvolle europäische Politiker nicht Bände darüber, wie desaströs die politökonomischen Zustände in Marokko, Mauretanien, Mali, Niger, Tschad usw. sind, sondern dafür, dass der Stacheldrahtzaun von Ceuta & Melilla gehörig erhöht gehört. Zumal dieselben Europapolitiker mit den Erfolgen ihres Umspringens mit den Flüchtlingen, die es schon nach Europa hinein geschafft haben, auch höchst unzufrieden sind. Da werden die unliebsamen Migranten in überfüllten Internierungslagern kaserniert und systematisch schikaniert. All das soll ihnen die Rückkehr in die zerstörten Existenzbedingungen in ihrer Dritten Welt schmackhaft machen, trägt aber einfach nicht ausreichend Früchte. Es befinden immer noch viel zu viele Betroffene diesen Umgang für bekömmlicher als das schwarzafrikanische Ambiente, vor dem sie geflüchtet sind. Deswegen macht Europa Ernst mit der „Einsicht“, dass die Flüchtlinge an unsere Grenzen schwappen, weil die einschlägigen *Herkunftsstaaten* weder willens noch in der Lage sind, ihr einheimisches Menschenmaterial, das bei ihnen nicht bleiben will, dennoch bei sich festzunageln. Einige weigern sich sogar „*entgegen ihrer internationalen Verpflichtungen, der Rückführung illegaler Migranten zuzustimmen*“ (Schily). Mit den neu zu errichtenden „Aufnahmeeinrichtungen“ können die afrikanischen Souveräne über Land und Leute ihre

Souveränität, oder was davon übrig ist, sinnvoll verwenden, statt mit Bürgerkriegen und politischen Unruhen, die niemand bestellt hat, unangenehm aufzufallen. Sie sollen den Opfern ihrer inneren Verhältnisse helfen, indem sie sie einfangen und ihnen auf ihrem Land mit ein paar Rollen Stacheldraht eine vorläufige Heimstatt bieten. So bekommen diese staatlichen Armenhäuser die Chance, als *Verwahranstalten* für ihren menschlichen Ausschuss einen nützlichen und anerkannten Dienst zu tun. Das wäre mal ein überzeugendes Beispiel von guter Regierung („*good governance*“)! Und wenn diese afrikanischen Staaten als *Erfüllungsgehilfen* europäischer Migrationspolitik unfähig sind, solche Lager zu betreiben, dann hilft ihnen Europa dabei großzügig. Einerseits mit ein paar Geldmitteln, die nicht groß ins Gewicht fallen, denn „*die Kosten, die wir für die Unterbringung von illegalen Migranten und Asylsuchenden aufbringen müssen, sind nach Expertenschätzungen 150mal höher als jene, die wir für ein auskömmliches Leben der Menschen in ihrem Heimatland aufwenden müssten*.“ (Schily); andererseits stellt Europa das geschulte Personal der Lagerverwaltung,

Peter Decker / Konrad Hecker

DAS PROLETARIAT

- Politisch emanzipiert**
- Sozial diszipliniert**
- Global ausgenutzt**
- Nationalistisch verdorben**

GegenStandpunkt Verlag

München, 279 Seiten, Din A5

ISBN 3-929211-05-x

EUR 20,-

Tel. 089/2721604, Fax: 089/2721605

e-mail:

gegenstandpunkt@t-online.de

internet:

www.gegenstandpunkt.com

gedacht ist an die EU oder das UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der UNO). Wer sonst wäre auch in der Lage vor Ort eine gewissenhafte und gerechte Selektion zu treffen „zwischen der *großen Gruppe der Armutsmigranten, die keinen Anspruch auf politisches Asyl haben ... und jener kleinen Gruppe von Flüchtlingen, ... die tatsächlich politisch, religiös oder*

rassisch verfolgt werden“ (SZ 10.10.) Keinesfalls wollen menschenfreundliche Europapolitiker aber darauf verzichten, ihre Vorhaben in Bezug auf das Fernhalten unerwünschter Armutsgestalten so zu begründen, dass es als einzige Wohltat an denen erscheint. Für die Verfechter der besten aller möglichen Welten ist es einfach unvorstellbar, dass ihre Benutzung und Kontrolle der ganzen Welt nicht mit den höchsten ethischen Maßstäben *zusammenfallen* soll, die sie sich selbst und dem Rest der Welt verschreiben. Bei den geplanten Lagern in

den Flüchtlingsländern, verbürgt daher allein schon die Namensgebung die schiere Menschenfreundlichkeit dieser Einrichtungen. Die dürfen deswegen auch nicht Lager heißen, wie Bundesinnenminister Schily „zum *hundertsten Mal*“ klarstellt. „*Ich spreche von Aufnahmeeinrichtungen oder Anlaufstellen. Das ist zweierlei.*“ (FAZ, 9.10.). Fortschrittliche Flüchtlingsbekämpfung bekennt sich zu dem Grundsatz, dass sie die *Aufbewahrung* der Elendsgestalten inmitten ihres heimischen Elends bei Anlaufstellen der EU oder des UNHCR

organisiert. Dort werden sie „geschützt“ – zum einen vor sich selbst, nämlich davor, sich auf mit wenig Aussicht auf Erfolg, aber viel absehbarem eigenem Schaden auf die Socken an europäische Gestade zu machen. Zum anderen werden sie geschützt vor Menschenhändlern, die sie auf minderwertige Boote im Mittelmeer setzen oder sie irgendwo im wüsten Niemandsland zwischen Marokko und Algerien im Stich lassen. Wohl den Flüchtlingen, die solch fürsorgliche wie mächtige staatliche Paten haben!

Der Schuldenerlass des G 8-Gipfels in Gleneagle: Können 280 Millionen Afrikaner nun ruhiger schlafen?

1. Es war mal wieder Zeit für einen Schuldenerlass für die sogenannten "hochverschuldeten armen Länder" (HIPC = Highly Indebted Poor Countries). Das hat Großbritannien, federführend für das Gipfeltreffen der G 8 im Juli, auf die Agenda gesetzt, und es ging, wie es hieß, nur noch um die Modalitäten. Diese Initiative wird grundsätzlich begrüßt und soll für die guten Absichten der "führenden Wirtschaftsnationen" sprechen. Der bekannte Bob Geldof, der zu diesem Anlass wieder große Wohltätigkeitskonzerte organisiert hat, sieht darin als Erstes einen Sieg für die NGOs, die sich dafür schon immer engagieren: "Das ist jetzt schon ein Sieg für die Millionen Leute, die an den Schuldenerlass-Kampagnen rund um die Welt teilnehmen..." Und erst recht ist es eine großartige Tat für die Armen in diesen Ländern: "Morgen werden 280 Millionen Afrikaner zum ersten Mal in ihrem Leben aufwachen, ohne dir oder mir einen Penny aus der auf ihnen lastenden Schuld zu schulden, die sie und ihre Länder so lange verkrüppelt hat." (The Guardian, 13.6.05) Auch irische Schlagersänger beherrschen die Albernheit, die Bemühungen der nationalen Veranstalter und Betreuer eines internationalen Geschäftsverkehrs um eine Verbesserung ihrer jeweiligen Handelsbilanz, ihrer Geldüberschüsse und Devisenbestände, in eins zu setzen mit dem Bestreben, dem eigenen oder einem fremden Volk zu einem Überleben zu verhelfen. Wie selbstverständlich setzt so eine Knalltüte die „Armut von Staaten, die in ihren Schuldenbilanzen bemessen ist, gleich mit der Not der Mehrheit ihrer Untertanen. Auch die Tatsache, dass die Zahl der in Frage kommenden hochverschuldeten armen Länder kontinuierlich zugenommen hat, obwohl es Schuldenerlasse

schon seit einigen Jahren gibt und auch früher schon routinemäßig Schulden bei einzelnen Ländern durchgestrichen wurden, macht so einen Menschen nicht stutzig, vielmehr will er nur "nach vorne schauen" und ganz fest daran glauben, dass es für die "Ärmsten der Armen" jetzt nur besser werden kann.

2. Die afrikanischen Nationen, um die es bei der G 8-Initiative hauptsächlich geht, haben über Jahrzehnte bei den "entwickelten Nationen" um Kredite nachgesucht, um ihrerseits eine "nationale Entwicklung" zu finanzieren. Diese Nationen, die damals noch "Entwicklungsländer" hießen, wollten sich mit diesen Krediten tauglich machen für die Teilhabe am Weltmarkt; sie nahmen sich ein Vorbild an den "führenden Industrienationen", zu denen sie – so der damalige Idealismus von "Entwicklung" – aufschließen würden. Dafür haben diese "Industrienationen" durchaus bedeutende Kreditsummen bereitgestellt: Die kamen im wesentlichen den dortigen Staatsmächten zugute, denn die sollten erstens für eine gewisse Ordnung sorgen und zweitens ein Wachstum überhaupt erst einmal in die Wege leiten. Es hieß, dafür hätten sie eine gute Vorbedingung, nämlich ihre sogenannten "natürlichen Reichtümer". Allerdings hatten sie für diese gar keine Verwendung; als soeben freigelassene Kolonien verfügten sie überhaupt nicht über Industrien, die diese Naturschätze hätten produktiv nutzen können. Also mussten sie sie an die Geschäftsleute der Länder verkaufen, die die Standorte solcher Industrien waren. Der Verkauf der Rohstoffe sollte dazu dienen, dass die Entwicklungsländer an den "künstlichen" Reichtum herankommen, der in der kapitalistischen Welt wirklich zählt, nämlich das *Geld* der

anderen Nationen. Und das sollte das Mittel sein, um die Ex-Kolonien zu *entwickeln*, nämlich zu Industrieländern. – So wurde es auf den Entwicklungshilfekonferenzen in den Jahrzehnten nach der Entkolonialisierung immer beschworen. Das Resultat ist an den hochverschuldeten armen Ländern, aber auch an einer lange Reihe von Staaten, die nur unwesentlich darüber liegen, zu besichtigen. Sie haben sich mit den "Entwicklungshilfe"-Krediten dafür hergerichtet, ihre "natürlichen Reichtümer" weltmarktfähig zu machen, sie im Export verkaufen zu können – *reicher* geworden sind dabei immer nur die "Industriestaaten", die diese "Güter" zu einem offensichtlich nur für *sie* vorteilhaften Preis *gekauft* haben. Die "Entwicklungsländer" sind ihrem Ziel der "Entwicklung", womit sie den *Aufbau einer kapitalistischen Ökonomie* meinten, keinen Schritt näher gekommen, vielmehr hat dieser Export sie immer nur *ärmer* gemacht. Der Erlös aus diesen "natürlichen Gütern" ist nämlich vollständig *abhängig* von den Kalkulationen der Geschäftsleute, die in Nationen sitzen, die schon kapitalistisch entwickelt *sind*; sie zahlen für diese "Güter" nur Preise, die sicherstellen, dass deren Verwendung in *ihrem* Produktionsprozess *ihren* Reichtum vermehrt, und die Abnahme dieser "Güter" ist zudem noch abhängig von den Konjunkturen, die sich aus *ihrem* Geschäftsleben ergeben. Umgekehrt waren und sind die "Entwicklungsländer" auf den Absatz ihrer Rohstoffe auf Gedeih und Verderb angewiesen. Sie können deren Verkauf nicht davon abhängig machen, dass deren Preise ihre von auswärts kreditierten "Vorschüsse" für Erschließung und Infrastruktur sowie ihre Herrschaftskosten wieder einspielen, weil sie wegen des Zwangs zur Bedienung der Kredite verkaufen *müssen*. Kein Wunder,

dass sich bei den "Entwicklungsländern" nur eines entwickelte: Schuldenberge und damit die Notwendigkeit, immer wieder Umschuldungen, also neue Kredite zur Bedienung der alten, beantragen zu müssen. Vollständige und bedingungslose Schuldenerlasse kommen bei den Kreditgebern nämlich selbst dann nicht in Frage, wenn für alle Beteiligten klar ist, dass die Schuldnerländer nie in der Lage sein werden, ihre Kredite termingerecht zu verzinsen und zu tilgen. Denn auch "notleidende" Kredite tun für die Gläubigerstaaten noch gute *politische* Dienste. Sie dienen der *Einflussnahme* auf die zahlungsunfähigen Länder. Bei diesem Gipfel unter dem in den Heimatländern des Imperialismus hoch angesehenen Titel der "Bekämpfung der Korruption". Daher ist ein Schuldenerlass nie einfach ein Schlussstrich unter die aufgelaufenen Schulden, um einen schuldenfreien Neuanfang zu ermöglichen. In der Formelsprache des Schuldenerlasses aus dem Jahr 2000, beschlossen von den G 7 in Köln, wurde das so ausgedrückt: Die "Schulden-Export-Relation" sollte für diese Länder auf etwa 200 Prozent *gesenkt* werden. Das heißt: Ihre Schulden waren auch nach dem Erlass immer noch doppelt so hoch wie ihre Einnahmen aus dem Export ihrer "natürlichen Reichtümer". Der Export dieser "Reichtümer" hat also weiterhin ihre Schulden vermehrt, die Teilstreichung hat nur eines verändert: Sie hat die Steigerungsrate der Verschuldung – meist nur vorübergehend – verringert. Der Kredit, den man ihnen gegeben hat, hat also immer nur in eine Richtung gewirkt: Er sorgte für eine gewisse Stabilität der politischen Herrschaft, die wiederum Produktion und Abtransport der "Güter" garantierte, die im kapitalistischen Produktionsprozess gebraucht werden. Die damit gestiftete Abhängigkeit und der ökonomische Nutzen, den sie aus diesen Ländern zogen, war den imperialistischen Herrschaften dann auch eine beständige Verlängerung der Kredite wert. Wenn die Einnahmen dieser Länder am Export nicht ausreichten, um die Zinsen für die ihnen gewährten Kredite zu bezahlen, erklärten die imperialistischen Staaten nicht den Konkurs ihrer Zöglinge, sondern kümmernten sich – vermittelt über ihre Kreditagentur IWF – immer mehr selbst um die Schuldenbedienung, zahlten sich, zumeist in sehr komplizierten Abkommen, ihre Zinsen selbst.

3. Der neue Schuldenerlass beendet diese Technik der Kreditprolongation. US-Staatssekretär John Snow begründet das mit einer "Ungeduld" der "reichen Länder": Die sind nach seinen Worten

"den endlosen Zirkel des ‚borrow and forgive‘" – also des Verleihs und Erlassens – "leid und akzeptieren stattdessen lieber, dass Schulden, die niemals bezahlt werden, ein für allemal abzuschreiben sind". (Ebd.) Was wie eine resignierte Einsicht klingt, ist ein *vernichtendes Urteil*. Die Kreditierung dieser Staaten hat sie nicht existenzfähig gemacht, sie bei aller Untauglichkeit aber auch nicht aus der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgeschlossen; sie haben an ihr teilgenommen – und alles kapitalistisch doch Verwertbare ist aus ihnen herausgepresst worden. Diese Staaten, deren jetzt konstatierte *Überschuldung* nichts anderes ist als das Resultat ihrer als unerlässlich und für vernünftig erachteten *Verschuldung*, bekommen nun – nachdem der IWF ihre Anstrengungen jahrelang mit seinen berichtigten "Auflagen" schärfstens kontrolliert hat – einen Schuldenerlass. Damit wird das alte Kredit- bzw. Schuldenregime außer Kraft gesetzt, das Minus, das diese Staaten angehäuft haben, wird als endgültig uneinbringlich qualifiziert und ein Teil davon weggestrichen. Das bedeutet aber keinesfalls, dass sie nun wieder *kreditfähig* sind. Auch wenn manchmal, insbesondere von den NGOs, so getan wird, als würden durch die Streichung den Staaten "neue Mittel" zufließen – auch das verringerte Minus drückt nichts weiter aus als ihren ökonomischen Ruin. Daran ändert auch eine verringerte Zinszahlung nichts – sofern diese Staaten überhaupt noch Zinsen zahlten. Dieser Ruin wird nun in Form des neuen Minus als eine Art *Offenbarungseid*, als Dokument der endgültig verriegelten Sackgasse, welt- und finanzweltöffentlich niedergeschrieben. Über diese Staaten und damit auch über die "280 Millionen Afrikaner", die nach der verrückten Vorstellung des Bob Geldof "*morgen ohne die auf ihnen lastende Schuld aufwachen werden*", ist ein *internationales Konkursverfahren* eröffnet worden. In diesem Verfahren geht es darum, welche *Staatlichkeit*, d. h. welche Art von Staatsgewalt und was für ein Umfang an Staatsaufgaben für diese *Armenhäuser des Imperialismus* noch für nötig erachtet, ihnen also aufgeherrschet wird. Der menschenfreundlich daherkommende und doch zugleich verräterische Obertitel, unter dem das läuft, lautet "*Armutsbekämpfung*". Für nichts anderes mehr sollen die Staaten zuständig sein als für die *Eindämmung und Kontrolle* des bei ihnen eingerissenen ungeheuren Elends. An erster Stelle steht Aids, denn die Krankheit soll schließlich in Afrika bleiben; dann sollen die verelendeten Massen das Minimum an Subsistenz bekommen, das früher in Afrika eine

Selbstverständlichkeit war; dann noch ein bisschen Bildung... *Dabei* bekommen sie – vielleicht – auch "Hilfe" in Form von "donations" oder "grants"; das sind vom Kredit scharf zu unterscheidende Geldzuwendungen, über die der Beschenkte *keine* freie Verfügung hat, über deren Verwendung vielmehr der Schenker entscheidet. Dieses Geld ist ein Teil der *Kontrolle*, die von außen ausgeübt wird: Diese dringt darauf, dass die Staaten sich *eigene Ambitionen*, insbesondere solche, die an den alten Idealismus der "Entwicklung" erinnern, abschminken – und wenn sie sich dabei nichts zuschulden kommen lassen, also *totale Unterwerfung* praktizieren, spendiert man ihnen das Etikett "good governance" und vielleicht eine Handvoll Dollar mehr.

4. Bei diesem Konkursverfahren fließen, neben den "donations" und "grants", dann doch wieder Gelder: 1,3 Mia. \$ während der nächsten 3 Jahre, aufzubringen von den G 8. Diese vergleichsweise lächerliche Summe – über deren Aufbringung bzw. Aufteilung heftig gestritten wird – ist natürlich nicht für die hochverschuldeten armen Länder da, sondern dient einem *imperialistischen Gemeinschaftszweck*. Leidtragende des Konkursverfahrens sind nämlich nicht diese Länder – denen ist ja gerade eine "Wohltat" erwiesen worden –, sondern die "Internationalen Finanzinstitutionen" IWF, Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank. Denen fehlen jetzt Zinsen aus den früheren Prolongations- bzw. Umschuldungsabkommen, was die Frage aufwirft, ob sie die weiterhin bekommen sollen und, wenn ja, von wem. Der Streit um dieses Geld hat darum eine besondere Schärfe, weil die USA erst mal gar nichts bezahlen wollen: Die legen seit Beginn ihres ‚Antiterror-Krieges‘ nur noch sehr mäßigen Wert auf imperialistische *Gemeinschaftsinstitutionen*, da in diesen ja immer eine gewisse Mitsprache ihrer "Partner", sprich: Konkurrenten, institutionalisiert ist, was sich mit ihrem Anspruch aufs *Weltordnungsmonopol* nicht gut verträgt und weswegen sie diese Institutionen lieber herunterfahren wollen. An diesen Streit schließt sich der nächste an: *Wer* von den Aufsichtsmächten hat *wie viel* bei der neuen Kontrolle der soeben dekretierten Armenhäuser mitzureden – auch das schlägt sich in dem verbissenen Feilschen um Anteile an der Zinszahlung, neue "Fazilitäten" etc. nieder. Die USA haben sich erweichen lassen und stehen für einen Teil der ausfallenden Zinsen ein. Dafür haben sie einen halbseidenen und einen guten Grund. Der halbseidene ist, dass George Bushs Freund Tony Blair,

Vorsitzender der Gipfeltreffens, auch mal ein Erfolgserlebnis braucht, dass nämlich zur Abwechslung der große Partner auf der anderen Seite des Atlantik auf ihn hört – das poliert das Image Großbritanniens innerhalb der G 8 und in Europa auf, was letztlich auch wieder den USA nützt. Der gute Grund ist: Afrika gilt als ausgemachter "Sumpf des Terrorismus"

und die USA können sich vorstellen, die Schuldenerlass-Initiative mit ihrem ganzen Drumherum in ihren 'Anti-terror-Krieg' mit einzubauen, heißt: sie dafür zu funktionalisieren und die konkurrierenden Aufsichtsmächte mit einzuspannen. Damit kommt den hochverschuldeten armen Ländern die letzte Ehre zu: Sie dienen als *Material für eine*

innerimperialistische Konkurrenzaffäre. Am schönen Schein, dass es bei all dem nur um "Hilfe für Afrika" ginge, wird selbstverständlich festgehalten. Ob deswegen "280 Millionen Afrikaner" besser schlafen können?

*

Die Globalisierungsgegner und die Globalisierungs-Ideologie

Bei denjenigen, die sich selbst die "Gegner der Globalisierung" nennen, gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen und Strömungen. Da gibt es Gewerkschafter aller Couleur, ziemlich viele kirchliche Organisationen, alternative Professoren der Volkswirtschaftslehre, Freunde der Bewahrung indigener Kulturen, Kritiker des Kapitalismus, die auf Marx-Zitate zurückgreifen, Umweltaktivisten, Schwule und Lesben usw. usf. Die "Bewegung" ist stolz darauf, dass all diese Auffassungen, die oft genug recht gegensätzlich sind, in der "Bewegung" nebeneinander existieren können – denn auf die je einzelne Auffassung kommt es ja gar nicht an. Geeint sind sie nämlich darin, dass sie alle einen Beitrag leisten wollen zum Widerstand gegen ihren *gemeinsamen Feind*: gegen die weltmächtige und "menschenverachtende" Allianz von IWF, Weltbank, WTO und den sogenannten Transnationalen Konzernen.

1.

Die Institutionen, die die Globalisierungsgegner für die Durchsetzung der "Globalisierung" verantwortlich machen, existieren schon sehr lange. IWF, Weltbank und GATT – aus dem später dann die WTO geworden ist – sind *staatliche Schöpfungen* und es gibt sie seit 1945. Wenn man "Globalisierung" einmal schlicht nimmt, nämlich als: Weltweit-Machen von Handel und Kapitalverkehr, dann gibt es sie, seit es den Kapitalismus gibt, und seit 1945 unter besonderer Betreuung durch die genannten Institutionen. Die Staatenwelt – früher noch mit der großen Ausnahme der Sowjetunion und ihrer Verbündeten – weiß als *zwingendes Gebot ihrer Wirtschaftsweise*, dass der grenzüberschreitenden Tätigkeit des Kapitals immer mehr Möglichkeiten und Freiheiten verschafft werden müssen – die nationale Kapitalmacht bedarf zu ihrer Entfaltung der Be- und Ausnutzung des Weltmarkts. Das hat die "Multis", die es auch schon ziemlich lange gibt, so richtig in Schwung gebracht und wachsen

lassen, denn die Tätigkeit der Institutionen war ja gerade darauf berechnet. Umgekehrt ist klar, dass kapitalistische Staaten nicht einfach bloß so für die Internationalisierung des Kapitals sind, sondern sie selbstverständlich mit der *Berechnung* betreiben, dass sie zum *nationalen Vorteil* ausschlagen soll. Der Ort, an dem dieser Widerspruch – der zwischen dem *gemeinsamen Interesse* an weltweiter Kapitalisierung und den *konkurrierenden Interessen* am Ertrag daraus – auf der höchsten diplomatischen Ebene ausgetragen wird, sind eben IWF, Weltbank und GATT/WTO. Diese Institutionen sind also Agenten des weltweit agierenden Kapitals, sind es aber nur in dem Maße, auf das, und in dem Rahmen, auf den sich die Staaten *einigen*. Genauer gesagt: Die Macht dieser Institutionen ist gar nicht ihre eigene; sie wird ihnen vielmehr von ihren Auftraggebern, den Weltwirtschaftsmächten, verliehen. Von deren Einigung sind nämlich die Regeln der Weltmarktkonkurrenz abhängig, an die sich diese Institutionen zu halten haben. Klar, dass dieser Kampf um Einigung – an der formell zwar weiterhin alle Staaten beteiligt sind – nur von einigen wenigen, den kapitalmächtigen, bestimmt und entschieden wird, was wiederum ihrer Kapitalmacht zugute kommt. Immer mehr Staaten sind im Zuge *dieser* "Globalisierung" in die wirtschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit versunken, während die mächtigen Staaten eben in und mit ihrer Konkurrenz in der *Zurichtung* der Welt für ihre Bedürfnisse und ihren Reichtum vorangeschritten sind. – Das wurde aber 40 oder mehr Jahre lang niemals, genauso wenig wie das staatlich gestiftete und begleitete Wachstum der Multis, als "Globalisierung" bezeichnet.

2.

Eine Neuheit ist dagegen die Erfindung und Verbreitung des *Schlagworts* "Globalisierung". Bekanntlich sind darauf nicht die Globalisierungsgegner gekom-

men, sondern die *Staaten*, die als "Weltwirtschaftsmächte" die Maßstäbe der Konkurrenz auf dem Weltmarkt setzen. Was die über Jahrzehnte *betrieben* haben, nämlich den ganzen Globus mit ihren Kapitalverwertungsinteressen zu überziehen, bezeichnen sie nun mit dieser Modevokabel – aber mit einem entscheidenden und alles verdrehenden *Zusatz*. Sie behaupten nämlich, sie seien der "Globalisierung" *ausgesetzt*. Da gibt es jetzt also das international agierende Kapital, dessen sich – ausgerechnet die kapitalstärksten – Staaten angeblich *erwehren* müssen. Sozusagen reihum bezeichnet sich jeder dieser Staaten als *Opfer* der Konkurrenz, die er über Jahrzehnte vorangetrieben hat. Diese *Lüge* ist zu *der* Ideologie der heutigen *Macher* geworden. Mit dieser Ideologie ziehen sie eine Maßnahme nach der anderen durch, die von nichts anderem zeugen als dem unbedingten Willen, in der Konkurrenz der Nationen zu bestehen und *andere* Nationen zu den *wirklichen* Opfern, also *Konkurrenzverlierern* zu machen. Damit wird der *nationalen Arbeitskraft* in der Konkurrenz der Nationen ein neuer Status aufgezwungen: Sie soll als *Waffe* in dieser Konkurrenz eingesetzt werden, indem sie *verbilligt* wird. Was das für die beschäftigten und beschäftigungslosen Arbeitskräfte bedeutet, kennt jeder: Unter Titeln wie "Modernisierung des Sozialstaates" und "Standortsicherung" spricht der Staat erstens klipp und klar aus, dass er den Zugriff auf alle Lebensumstände seines Arbeitsvolkes hat und dass er es zweitens als *Material* im Kampf gegen andere Nationen beansprucht und einsetzt. Deswegen befindet er es drittens als *zu teuer*. Dies führt er viertens darauf zurück, dass er ihm in der Vergangenheit zu viele "Besitzstände" *zuerkannt* habe, die nicht mehr "in die heutige Zeit der globalen Konkurrenz passen" sollen. Daher "muss" er fünftens diesen Fehler schleunigst korrigieren und dem Volk diese "Besitzstände" wieder aberkennen. Natürlich wird das sechstens immer von einem

"leider" begleitet: Nur auf Grund der äußeren Zwänge der Globalisierung "müsse" sich der Staat so verhalten. Mit dieser Globalisierungsideologie rechtfertigt der Staat das, was er als führender kapitalistischer Staat *will*, als unabänderlichen "Sachzwang".

3.

Wie anfangs gesagt, bezeichnen die Globalisierungsgegner die Allianz von IWF, Weltbank, WTO und Transnationalen Konzernen als ihre gemeinsamen Gegner und finden sich darin zusammen. Damit machen sie den Fehler, dass sie die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten *bitter ernst* nehmen. Statt zu kritisieren, was ihre Staaten *zu Hause tun*, um sich in der globalen Konkurrenz durchzusetzen, melden sich die Globalisierungsgegner am entgegengesetzten Ende, auf der obersten Ebene der *internationalen* Konkurrenz, zu Wort. Hier erst fällt ihnen das "Unsoziale" des Kapitalismus überhaupt so richtig auf, und zwar als Folge dessen, dass der Kapitalismus es mit seiner Internationalisierung *zu weit* getrieben haben soll. Dass die Staaten das, was sie ihren Völkern zumuten, als *Folge* des angeblichen "Sachzwangs" der "Globalisierung" *bezeichnen*, glauben ihnen Globalisierungsgegner; sie glauben, dass die Staaten – auch die führenden – der "Globalisierung" *tatsächlich unterworfen* sind. Alle Länder kommen ihnen so als Opfer der Globalisierung vor. Das "Unsoziale", das sie ihren Völkern und dem Rest der Welt antun, erscheint ihnen dann als deren unausweichliche Folge. Eine Kritik an den führenden Nationen haben sie dabei schon: Sie hätten doch bei dieser internationalistischen "Übertreibung" selber mitgewirkt – sei es, indem sie sich von den Multis und internationalen Institutionen entmachten ließen, sei es, dass sie einer "neoliberalen Ideologie" verfallen seien und die Internationalisierung – von dieser Ideologie verblendet – vorangetrieben haben. Aber wie sie nun selbst sagen, sind sie Betroffene dessen, was sie mit sich haben machen lassen oder selbst angezettelt haben – und nach Auffassung der Globalisierungsgegner müssten sie daraus die Lehre ziehen, dieser Verselbständigung der internationalen Kapital-

macht Einhalt zu gebieten. Wenn die – neu entstandene – Protestbewegung sich ausschließlich zu hochrangigen *internationalen* Treffen einfindet und *dort* viel Leidenschaft und Empörung an den Tag legt, hat das also seine Logik. Sie nimmt die "Globalisierungs"-Lüge ernst und glaubt, dass Staaten unter der Internationalisierung des Kapitals leiden und sich von daher zu den "sozialen Härten" gezwungen sähen, die sie ihren Völkern zumuten. Damit ist ein *Gegensatz* zwischen ‚national‘ und ‚international‘ eröffnet, der besagt: Wenn man der internationalen Betätigung des Kapitals freie Bahn verschafft, dann führt das aufgrund von dessen "räuberischer" und "profitgieriger" Natur zu einem einzigen *Auswuchs*. Der wäre aber *nicht* eingetreten, wenn die Staaten die *nationale* Kontrolle über das Kapitalgeschehen behalten hätten. Und dieser Auswuchs ließe sich wieder zurückstutzen, wenn die Staaten sich *gemeinsam* darauf *einigten*. Der nationalen Politik wird so der "Schutz des Sozialen" zugewiesen. Die Pflicht des Nationalstaates sei die *Zähmung* des Kapitalismus, der als "globaler" hemmungslos ist. Gerade weil der Staat sich diese Aufgabe aus der Hand nehmen lassen, kann man an den unheilvollen Wirkungen sehen, wie sehr sie seine *eigentliche* Aufgabe ist. Daher wissen sich die Globalisierungsgegner zu ihrem Protest *berechtigt*, denn sie sind ja beseelt von der staatsbürgerlichen und demokratieidealistischen Überzeugung, dass der Staat dafür da ist, seinen Bürgern – insbesondere den sozial schwächeren – zu dienen und ihre Wohlfahrt zu mehren. Diesen Glauben an den *eigentlich* guten Zweck des Staates lassen sie sich durch die "Globalisierungs"-Ideologie der Staaten noch einmal bestätigen: Die politische Sonntagspredigt, dass der Staat selbstverständlich für das Wohl seiner Bürger da ist und sie vor "sozialen Härten" zu schützen hat, wird selbst dann nicht aus dem Verkehr gezogen, wenn derselbe Staat nun "soziale Härten" verordnet, – er ist ja angeblich dazu *gezwungen*. Damit sagt er ja zugleich, dass er das *eigentlich nicht will*, dass er *eigentlich* weiterhin nur für seine Bürger da ist. Wenn die führenden Industriestaaten auf ihren G8-Treffen überhaupt keine Anstalten dazu machen, die

vermeintlichen Übertreibungen der Globalisierung rückgängig zu machen; wenn sie vielmehr in ihrer "neoliberalen Verblendung" betonen, so recht eigentlich sei die Globalisierung noch gar nicht Wirklichkeit und *das* sei der Grund für die "sozialen Härten" zu Hause und für das Elend in der "Dritten Welt", dann fühlen sich die Globalisierungsgegner zu Widerstand berechtigt. Die G8-Staaten, die *gemeinsam* doch dazu die *Macht hätten*, weigern sich in ihren Augen ihrer *eigentlichen* menschenfreundlichen Aufgabe – dem Schutz ihrer Bürger und der gerechten Verteilung des Reichtums auf dem Globus – nachzukommen. Daher fordert ein Teil der Globalisierungsgegner die G8-Führer auf: Wenn ihr eigentlich das Wohl der Menschheit wollt und wenn ihr doch eigentlich auch die Macht dazu habt, dann haltet euch doch endlich an die gute Meinung, die wir von euch – oder zumindest von den demokratischen Institutionen haben, denen ihr vorsteht! Ein anderer Teil bezichtigt die Staatschefs des *Verrats* an ihren eigentlichen Pflichten und bezieht daraus die Berechtigung, den *staatsbürgerlichen Gehorsam* bei Anlässen wie z.B. in Genua demonstrativ aufzukündigen. Die gute Meinung über sich hören die Staatenlenker durchaus gerne, und sie sind durchaus auch "dialogbereit", aber dann müssen sie auch darauf hinweisen, wo die Grenzen sind – und zwar mit aller Schärfe. Einen *Appell* an *ihren* guten Willen nehmen sie allemal entgegen, dafür muss die "Bewegung" aber den Nachweis erbringen, dass sie mit denen, die die Gipfel mit zivilem Ungehorsam stören, nichts zu tun haben wollen. Es heißt, ihre "berechtigten Anliegen" würden "durch die Vermummten diskreditiert". Das ist ein starkes Stück: Bis zum Zeitpunkt der Straßenkämpfe von Seattle usw. haben die G8-Staatschefs und ihre Sachverständigen in Wissenschaft und Publizistik den bis dato "friedlichen Demonstranten" nie bescheinigt, "berechtigte Sorgen" zu äußern, da wurden sie einfach als weltfremde Spinner abgetan. Seit es Störer gibt, schmeicheln die Politiker und ihre journalistische Öffentlichkeit den nicht-militanten Teilen der Globalisierungsgegner, sie hätten ja *so bedenkenswerte* Einwände ...

*

AK GegenArgumente

Kritik, die sich auf Argumente stützt, ist schon seit langem ziemlich aus der Mode gekommen. Kritik im demokratischen Kapitalismus ist nur anerkannt und zugelassen, wenn sie sich als eine unverbindliche Meinung unter vielen konstruktiv im Namen des Allgemeinwohls in die Diskussion einbringt.

Gefordert ist dabei, dass man sich parteiisch auf den Standpunkt des Kritisierten stellt und sich Alternativen zu seiner Verbesserung ausdenkt.

Das ist unsere Sache nicht !

Wir sehen gar nicht ein, mit lauter gut gemeinten Vorschlägen zum Gelingen der Dinge beizutragen, die wir kritisieren. Soweit sind wir uns nämlich sicher, dass die Kriege und das Elend dieser Welt ihren Grund nicht im Versagen der Politik haben, dass Arbeitslosigkeit, Ausbeutung in den Betrieben, die Verseuchung der Lebensmittel, von der Luft bis zum BSE-Fleisch, keine Missstände sind und der Fremdenhass mancher Untertanen keine eklatante Abweichung vom von allen geschätzten Patriotismus demokratischer Staaten ist.

All das sind notwendige Folgen der Interessen von Staaten und der von ihnen aufrechterhaltenen Marktwirtschaft, in denen es um so was Triviales wie die Versorgung der Leute gar nicht geht, sondern einzig und ausschließlich um deren Funktionalisierung als Arbeitende und Arbeitslose fürs kapitalistische Wachstum.

Weil man diese Ordnung nicht besser machen kann - im Gegenteil, sie funktioniert uns schon viel zu gut ! - haben wir auch keine Verbesserungsvorschläge und keine Ideen für eine alternative Politik. Wir behaupten stattdessen:

Es liegt am System !

Wer darüber mit uns streiten will, der ist eingeladen, zu unserem wöchentlichen politischen Diskussionstermin in München zu kommen.

Wir treffen uns mittwochs um 19.30 Uhr, der Ort ist den aktuellen Ankündigungen zu entnehmen. Eingeladen sind alle, die Zeit und Interesse haben.

Für Kritik, Themenvorschläge etc. email an: gegenargumente [AT] yahoo.de

AK Gegenargumente ist eine Veranstaltung des Konvents der Fachschaften der LMU München.

Wolfgang Möhl /Theo Wentzke

Das Geld

Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

Inhalt

Von den viel gepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

Das Maß der Werte
Das Zirkulationsmittel
Das Geld bringt's
Kapital die Kunst der Geldvermehrung

Was jedermann geläufige Erfahrungen durchaus lehren könnten: Einige ökonomische Wahrheiten. Ware und Geld betreffend.

1. Die Lehre der VWL: Von der Unverzichtbarkeit des Geldes für die Marktwirtschaft
2. Vom Nutzen des Preises und von der „Kaufkraft des Geldes“
3. Der Wert – weder Metaphysik noch Hypothese
4. Arbeit und Wertgesetz
5. Vom Produktionsverhältnis, auf dem der Wert beruht

Geld – das „reale Gemeinwesen“

1. Geld & Gewalt: Die ausschließende Macht des Eigentums als Ding
2. Geld & Arbeit: Die ökonomische Kommandomacht des Eigentums
Anhang I: „Wie kann Papiergeld Maß der Werte sein?“
Anhang II: Das Maß des kapitalistischen Reichtums: „Surplus-Arbeitszeit“
Anhang III: Grundsätzliche Bemerkungen über Geld und Gewalt, Währung und Gold
1. Zum Dissens über die „kapitalismusimmanente Notwendigkeit“ einer „reellen verselbständigten Wertgestalt“
2. Zum Dissens über die ökonomische natur des staatlichen Kreditgelds
3. Zur Frage, „wofür wohl kapitalistische Staaten sich ihren Goldschatz halten“

Deutsch-deutsche Währungs- union – die erstmalige korrekte „Anwendung des Wertgesetzes“ auf dem Boden der DDR

Geld im Systemvergleich

1. Die D-Mark als Maß der Werte – der Wert als Maß aller Dinge
Preise in der Marktwirtschaft
Preise im Realen Sozialismus
Geld in der Marktwirtschaft
Geld im Realen Sozialismus
2. Die D-Mark als Geschäftsmittel – Armut und Reichtum als Produkte des freien Geschäftslebens
Armut in der Marktwirtschaft
Armut im Realen Sozialismus
Reichtum in der Marktwirtschaft
Reichtum im Realen Sozialismus
3. Deutsch – das einzige Attribut, das eine echte Mark verträgt
D-Mark ist Weltgeld
DDR – Mark nie!
4. Die D-Mark und ihr Recht: Das Privateigentum
Eigentum in der Marktwirtschaft
Volkseigentum

Das Geld des Staates

1. Das gesetzliche Zahlungsmittel
2. Die Staatsfinanzen
3. Der Währungsvergleich
4. Die Sorge der Staatsmacht um die Stabilität ihres Geldes

ISBN 978-3-929211-11-5, Format: A5, 164 Seiten, 15,-€

GegenStandpunkt